



SCHWERPUNKT

Kommunalwahlen und Europawahl 2024

SCHWERPUNKT: KOMMUNALWAHLEN UND EUROPAWAHL 2024

Europawahl in Baden-Württemberg

Weichenstellung für die Zukunft

4

Europawahl 2024

Kommunalwahlen und Europawahl 2024

6

Europawahl 2024

Unser Weg in die Zukunft heißt: Europa!

8

Europa – meine Hoffnung

Den Mehrwert Europas nicht aufgeben

10

Europapolitik beeinflusst Kommunen

Die Lebensrealität vor Ort beginnt mit den Entscheidungen in Brüssel

12

Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni 2024

Viele Stimmen für die Demokratie

15

Europa- und Kommunalwahlen 2024

Aufgaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

17

25 Jahre Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Die Stimme der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

19

Europa vor Ort im Ostalbkreis – 15 Jahre EUROPoint Ostalb

Warum der Schutz der europäischen Demokratie gerade jetzt so wichtig ist

21

Der EU-Azubi-Gipfel im Landratsamt Tübingen

Vom Abstrakten zum Konkreten – Europapolitik mal selbst ausprobieren

24

Gemeinsame Europaarbeit im „Arbeitskreis Europa der Region Heilbronn-Franken“

Erstwählenden das Thema Europa auf spielerische Art und Weise näherbringen

27

Eine internationale Partnerschaft für jeden Landrat

40 Jahre Europa im Enzkreis

28

Europa tagtäglich und grenzüberschreitend mit Frankreich erleben

Europaarbeit vor Ort

29

WEITERE THEMEN

Ausbau erneuerbarer Energien

Kretschmann lobt Leuchtturmprojekte im Alb-Donau-Kreis

32

PERSONALIEN

35

Alle Artikel und vieles mehr finden Sie auf
unserer digitalen Informationsplattform

landkreisnachrichten.de

„... braucht es überzeugte Demokratinnen und Demokraten!“

Wenn am 9. Juni dieses Jahres das Europäische Parlament gewählt wird und in der Hälfte aller Bundesländer Kommunalwahlen stattfinden, werden wir kurz zuvor das 75. Jubiläum des Grundgesetzes begangen, oder doch besser: gefeiert haben.

Diese Koinzidenz der Ereignisse lädt dazu ein, im Rück- und Ausblick ein klein wenig über die Bedeutung sowohl Europas als auch der kommunalen Selbstverwaltung für die grundgesetzliche Verfasstheit unserer Gesellschaft nachzudenken.

Von Prof. Dr. Alexis von Komorowski
Landkreistag Baden-Württemberg

Weder die europäische Einigung noch die kommunale Selbstverwaltung gehörten zu den großen Streitfragen, mit denen die nur vier Mütter und 61 Väter des Grundgesetzes von September 1948 bis zu ihrer letzten Sitzung am 23. Mai 1949 befasst waren. Strittig war im Parlamentarischen Rat unter dem Vorsitz des späteren Bundeskanzlers Konrad Adenauer anderes. Gerungen wurde beispielsweise um die Gleichberechtigung von Mann und Frau, nicht dem Grunde, aber der Tragweite nach, um den Gottesbezug in der Präambel, die sog. „*Invocatio Dei*“, um das Wahlrecht, nämlich Mehrheits- oder Verhältniswahl, und um die Ausgestaltung der zweiten Kammer als Senat oder Bundesrat. Besonders intensiv waren die Auseinandersetzungen um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, um das Verhältnis von Elternrecht einerseits, staatlichem Bildungs- und Erziehungsauftrag andererseits, sowie nicht zuletzt – wie könnte es anders sein – um die Finanzverteilung.

„... als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa ...“

Sowohl das Bekenntnis zu Europa als auch das zur kommunalen Selbstverwaltung hat erst mit gewisser Verzögerung Eingang in die Debatten um die westdeutsche Nachkriegsverfassung gefunden. Im Chiemseer Entwurf etwa, der vom „Verfassungsausschuß der Ministerpräsidenten-Konferenz der westdeutschen Besatzungszonen“ als Arbeitsgrundlage für das Grundgesetz erarbeitet worden war, fanden sich in der Präambel und den nicht weniger als 149 Artikeln noch keine entsprechenden Passagen. Das Staatsziel eines vereinten Europas und die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung sind erst im Laufe der Arbeiten des Parlamentarischen Rats in mehreren Formulierungsschleifen zu ihrer endgültigen Fassung gereift.



© Landkreistag Baden-Württemberg

Bei der Lektüre der Debattenverläufe fällt in beiden Fällen zweierlei auf. Erstens sind die finalen Textfassungen zu Europa und zur kommunalen Selbstverwaltung deutlich dezidiert und auch emphatischer als die ersten Entwürfe. Beispielhaft veranschaulichen lässt sich dies an der Staatszielbestimmung Europa in der Präambel. In einer der ersten Fassungen hieß es noch: „...in der Erwartung, dass das geeinte Deutschland zum Wohle der Menschheit in einem vereinten Europa als gleichberechtigtes Glied mitwirken wird“. Dieser Formulierung ist einer der fünf Vertreter des Landes Württemberg-Baden, der nachmalige Bundespräsident Theodor Heuss, im Grundsatzausschuss des Parlamentarischen Rats mit der Kritik entgegentreten, dass dies so klinge: „Wir wollen einmal abwarten, was daraus wird, vielleicht machen unser Nachfahren das.“ Die bis heute in der Grundgesetz-Präambel zu findende Verpflichtung Deutschlands auf die europäische Integration hat denn auch einen ganz anderen Sound: „... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“.

„... Gemeinden in ganz anderer Weise als bisher zu allgemeinen Trägern der ersten Stufe der Obrigkeit zu machen ...“

Zweitens waren die Mitglieder des Parlamentarischen Rats sowohl im Fall der Staatszielbestimmung Europa als auch bei der Garantie der Selbstverwaltung sehr entschieden, hier weit mehr noch als bei anderen Verfassungsentscheidungen auf einen politischen Neuanfang zu setzen. Es wurde ein Bruch nicht nur mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat vollzogen, sondern auch mit noch weiter zurückliegenden staatlichen Traditionen. Für die Selbstverwaltungsgarantie lässt sich dies exemplarisch an einem Zitat deutlich machen, das von einem der beiden Vertreter des Landes Württemberg-Hohenzollern stammt, nämlich vom Vorsitzenden des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rats Carlo Schmid: „Wir müssen überhaupt dazu kommen, die Gemeinden in ganz anderer Weise als bisher zu allgemeinen Trägern der ersten Stufe der Obrigkeit zu machen.“

Der Rückblick auf die Entstehungsgeschichte macht deutlich, dass sowohl das Staatsziel eines vereinten Europas wie auch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Städte und Landkreise zu den von Beginn an unstreitigen, nachdrücklich hervorgehobenen und zugleich in besonderem Maße originären Kernelementen des Grundgesetzes gehö-

ren. Wenn das Grundgesetz daher in den letzten 75 Jahren zum vielzitierten Erfolgsmodell geworden ist, dann dürfte dies nicht zuletzt mit diesen beiden Verbürgungen und der entsprechenden Verfassungswirklichkeit zusammenhängen.

So aktuell wie vor 75 Jahren

Das Grundgesetz setzt nach allem auf ein starkes Europa wie es auf starke Kommunen setzt. Unsere Verfassung ist damit heute genau so aktuell wie vor 75 Jahren. Wie wichtig ein starkes, geeintes Europa ist, zeigt sich in der Zeitenwende, die der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine markiert. Die Europäische Union hat hier ebenso entschlossen wie geschlossen reagiert. Durch finanzschwere Hilfspakete für die Ukraine und massive Sanktionen gegen Russland hat die Europäische Union eine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt, die mancher ihr so nicht oder nicht mehr zugetraut hätte.

Auch starke Kommunen braucht es mehr denn je. Denn allein schon die grundstürzenden Veränderungen, die mit den „drei großen D“ – Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung – einhergehen, müssen zu einem beträchtlichen Teil auf der Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden aufgegriffen und bewältigt werden. Denn niemandem anderen als den Kommunen obliegt es, um nur einige Beispiele zu nennen, die Krankenhausversorgung auch bei steigender Krankheitslast sicherzustellen, trotz eines hypertrophen Datenschutzes die Behördengänge zu digitalisieren oder kurzfristige Wärmenetze auszurollen.

Ein starkes Mandat für ein starkes Europa und starke Kommunen

Eine starke Europäische Union und starke Kommunen benötigen neben manchem anderen ein starkes Mandat ihrer Bürgerinnen und Bürger. Jede und jeder ist daher aufgerufen, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass am 9. Juni eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreicht wird. Die Wahlbeteiligung wird zurecht als Indikator dafür gewertet, wie gesund eine Demokratie ist. Gerade in krisenhaften Zeiten wie den gegenwärtigen wäre es beruhigend, wenn unserer Demokratie ein guter Gesundheitszustand attestiert werden könnte.

Daher muss es auch gelingen, die antidemokratischen Kräfte sowohl bei den Europa- als auch bei den Kommunalwahlen in Schach zu halten. Wer demokratische Verständigungsprozesse auf europäischer und kommunaler Ebene verächtlich macht, wer durch rassistisches Denken und Handeln den sozialen Zusammenhalt gefährdet, wer aufgrund seiner diffusen Freund-Feind-Ideologie blind ist für den Kompromiss als Wesen der grundgesetzlichen Demokratie – der sollte es weder in das Europäische Parlament noch in die kommunalen Volksvertretungen schaffen.

Für ein starkes Europa und starke Kommunen braucht es überzeugte Demokratinnen und Demokraten!

Prof. Dr. Alexis von Komorowski leitet als Hauptgeschäftsführer die Geschäftsstelle des Landkreistags Baden-Württemberg

Weichenstellung für die Zukunft

Frieden, Demokratie und Wohlstand erschienen uns in weiten Teilen Europas lange Zeit selbstverständlich. Das hat sich geändert. Der russische Angriff auf die Ukraine vor mehr als zwei Jahren hat alte Gewissheiten ins Wanken gebracht – und die vielfach beschworene Zeitenwende eingeleitet.

Von Winfried Kretschmann MdL
Staatsministerium Baden-Württemberg

Zwar wird der nächstgelegene Urnengang, ganz besonders im europäischen Kontext, seit jeher zur politischen „Schicksalswahl“ erklärt, doch ist es sicher nicht vermessen zu behaupten: Noch nie war die Europäische Union angesichts von weltweiten Krisen und Konflikten derart herausgefordert wie heute. Wie diesen Herausforderungen konkret begegnet wird und die europäischen Weichenstellungen für die Zukunft aussehen – das entscheiden am 9. Juni dieses Jahres auch rund 8,6 Millionen Menschen in Baden-Württemberg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Die größte staatenübergreifende Wahl der Welt findet in diesem Jahr wieder zeitgleich mit der Kommunalwahl statt.

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir sind auf das Engste mit unseren Nachbarn vernetzt. Bereits früh hat sich der Südwesten für die europäische Integration eingesetzt. Das zeigt nicht zuletzt ein Blick in die Präambel unserer Landesverfassung. Darin wird Baden-Württemberg als „lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa“ beschrieben, das an „der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ mitwirkt. Kurzum: Europa ist in Baden-Württemberg Staatsräson.

So verbindet uns heute mit unserem Nachbarn Frankreich nicht nur eine 180 Kilometer lange Grenze, sondern eine enge und freundschaftliche Beziehung. Wo früher nach dem Zweiten Weltkrieg noch Schlagbäume, gegenseitiges Misstrauen und Grenzen den Alltag dominierten, fährt heute beispielsweise die Straßenbahn von Kehl nach Straßburg oder der TGV von Stuttgart nach Paris oder Bordeaux. Die fatale Vorstellung des französischen „Erbfeinds“ gehört heute glücklicherweise der Vergangenheit an.

Als uns etwa auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie die schrecklichen Bilder aus den Krankenhäusern im Elsass erreichten, stand es für Baden-Württemberg deshalb außer Frage, dass wir unseren Freundinnen und Freunden jenseits der Grenze zur Hilfe kommen und Patientinnen und Patienten aus deren Kliniken bei uns im Land aufnehmen. Es ist diese gemeinsame Solidarität, die für mich das Fundament Europas bildet. Dafür lohnt es sich zu kämpfen – ganz be-



sonders in Zeiten von Aggressionen und Großmachtfantasien so manch autokratischer Regime.

Doch es sind nicht nur gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die den europäischen Gedanken ausmachen. Vergessen dürfen wir ebenfalls nicht: Baden-Württemberg hat wie kaum ein anderes Land von der europäischen Integration profitiert. Die EU bildet einen der größten Binnenmärkte der Welt, was unseren Unternehmen einen uneingeschränkten Zugang zu über 440 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern bietet. Durch die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen innerhalb der EU profitieren deutsche Exporteure von einem freien und ungehinderten Handel mit anderen Mitgliedstaaten. Allein durch diesen gemeinsamen EU-Binnenmarkt verzeichnet Deutschland einen Wohlstandsgewinn von mehreren Milliarden Euro pro Jahr. Studien ermittelten in der Vergangenheit durchschnittlich 1.000 Euro Gewinn an Wohlstand zusätzlich für jede Bürgerin und jeden Bürger. In Baden-Württemberg sogar noch etwas mehr – der höchste Wert unter allen Flächenländern. Jeder dritte Arbeitsplatz im Land hängt vom Exportgeschäft ab. Rund zwei Drittel dieser Exporte gehen dabei in den EU-Binnenmarkt. Durch den Abbau von Handelshemmnissen, die Harmonisierung von Vorschriften und die Förderung von Investitionen trägt die EU entscheidend dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern – auch in unserem Bundesland.

Zudem flossen allein in der letzten EU-Förderperiode 2014 bis 2020 Mittel in Höhe von insgesamt 7,5 Milliarden Euro aus EU-Programmen nach Baden-Württemberg. Neben Direktzahlungen für Landwirtinnen und Landwirte oder Geldern für die Entwicklung des Ländlichen Raums profitierte das Land beispielsweise auch aufgrund seiner starken Hochschulen und Forschungseinrichtungen vom EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 sowie von den Interreg-Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

All diese Beispiele verdeutlichen: Auch wirtschaftlich gesehen ist die Europäische Union eine große Erfolgsgeschichte. Nicht zuletzt deshalb gehört Baden-Württemberg zu den aktivsten Regionen in Brüssel. Auch im Koalitions-

vertrag haben die Parteien bekräftigt, dass sich das Land noch frühzeitiger in die Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen einbringen und das Profil der Landesvertretung noch stärker an den strategischen und europapolitischen Schwerpunktthemen des Landes ausgerichtet wird. Auf einer auswärtigen Kabinettsitzung in Brüssel Ende Februar dieses Jahres wurden die entsprechenden Vorhaben skizziert.

So plant das Land, wichtige Anliegen im Zuge der Neuformierung der Europäischen Kommission für die Mandatsperiode 2024 bis 2029 in einem Positionspapier zusammenzufassen und zu Beginn der neuen Legislaturperiode an die Kommission zu übersenden. Im Zentrum steht dabei, die digitale und ökologische Transformation, die mit dem Europäischen Green Deal begonnen wurde, konsequent fortzuführen. Denn ein funktionierender Binnenmarkt, Innovationskraft und globale Wettbewerbsfähigkeit sind Garanten für Wohlstand und Wachstum – ganz besonders für eine Transformationsregion wie Baden-Württemberg.

Es wird ganz wesentlich darauf ankommen, dass starke Regionen wie Baden-Württemberg weiterhin stark bleiben und zielgerichtet unterstützt werden. Der Puls der Europäischen Union braucht eine starke wirtschaftliche Hauptschlagader. Denn es geht nicht nur um den Binnenmarkt. Die Konkurrenz unserer heimischen Unternehmen sitzt oftmals nicht in der EU, sondern in China oder dem Silicon Valley in den USA. Dies muss sich auch in einer nachhaltigen Kohäsionspolitik widerspiegeln. So werden wir uns im Zuge des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW weiterhin auf dem Brüsseler Parkett für die besonderen Bedürfnisse dieses Wirtschaftszweigs einsetzen, aber auch die Entwicklungen bei den für das Land wichtigen Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, der Gesundheitswirtschaft oder Luft- und Raumfahrt genau im Blick behalten. Unser erfolgreiches Modell der Strategiedialoge haben wir eng mit Brüssel verknüpft, etwa die Dialoge zur Automobil- (seit 2019), Gesundheits- (seit 2020) und Landwirtschaft (seit 2023). Die Kommission hat sich daran ein Vorbild genommen und ähnliche Dialogprozesse eingeleitet, beispielsweise erst im Januar 2024 zur Zukunft der Landwirtschaft.

Klar ist: Die heutige EU und ihre Institutionen sind nicht perfekt. In Zeiten einer zunehmend instabilen Weltordnung, geopolitischer Spannung und dem Aufstieg autoritärer Kräfte brauchen wir die Europäische Gemeinschaft jedoch mehr denn je. Kein Land der Welt vermag die zentralen Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa die Bekämpfung des Klimawandels, militärische Bedrohungen oder Fragen der Migration, alleine zu lösen. Auch wenn angesichts der vielen Krisen und Konflikte auf der Welt an vielen Orten wieder eine Renaissance des Nationalstaats als Lösung beschworen wird, so bin ich fest davon überzeugt: Die EU ist heute genauso wichtig wie bei ihrer Gründung, wenn nicht sogar wichtiger. Denn wir werden ohne starke europäische Institutionen gegen die Megamächte des 21. Jahrhunderts keine Chance haben. Das Schicksal Europas liegt in der Kooperation.

Dennoch braucht es eine sinnvolle Aufgabenverteilung in der EU. Für das Land steht auch weiterhin das Subsidiaritätsprinzip an erster Stelle. Entsprechende Aufgaben sollten nur dann auf die europäische Ebene verlagert werden, wenn sie nicht in den Mitgliedstaaten, Ländern, Landkreisen, Städten und Kommunen besser wahrgenommen werden können. Auch bürokratische Hürden müssen konsequent abgebaut werden – wir brauchen pragmatischere und flexiblere Regeln, die Spielräume vor Ort lassen. Denn ein großer Teil unserer Bürokratielasten kommt mittlerweile von der Europäischen Union.

Die kommenden Wahlen sind eine Gelegenheit, die Zukunft Baden-Württembergs und Europas mitzugestalten. Ich freue mich deshalb sehr, dass in diesem Jahr bei beiden Wahlen auch erstmals 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben können, wie es bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg schon seit 2014 der Fall ist. Denn Themen wie der Schutz des Klimas oder die Prioritätensetzung bei öffentlichen Investitionen betreffen gerade junge Menschen in Zukunft unmittelbar. Zwar ist das Wahlrecht ab 16 Jahren kein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit – aber es ist ein wirkungsvolles Mittel, um junge Menschen frühzeitig an demokratische Verfahren heranzuführen und ihre politische Urteilsfähigkeit zu stärken. Das gilt umso mehr in Zeiten, in denen demokratische Entscheidungsprozesse leider in vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt werden.

Auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger ermutige ich deshalb: Nutzen Sie ihr Wahlrecht, gehen Sie am 9. Juni 2024 wählen!

Winfried Kretschmann MdL ist Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Kommunalwahlen und Europawahl 2024

In wenigen Wochen, am 9. Juni 2024, finden in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen statt. Gleichzeitig werden die Abgeordneten zum Europaparlament gewählt. Damit werden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre in Europa und in den Kommunen gestellt. Diese beiden Wahlen haben einen hohen Stellenwert für die Demokratie in unserem Land und verdienen daher unsere besondere Wertschätzung und Beachtung.

Thomas Stobl · Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Nach Schätzung des Statistischen Landesamtes werden bei der Europawahl und den Kommunalwahlen etwa 8,6 Millionen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger wahlberechtigt sein. Darunter befinden sich etwa 7,8 Millionen Deutsche und rund 830 000 Unionsbürgerinnen und -bürger, also Staatsangehörige aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in Baden-Württemberg ihren Wohnsitz haben.

Kommunalwahlen

Die alle fünf Jahre stattfindenden Kommunalwahlen sind für Baden-Württemberg und die Kommunen hier im Land sowie für die Bürgerinnen und Bürger ein herausragendes und bedeutsames Ereignis. Wir können bei den Kommunalwahlen unsere Kommune und unseren Landkreis aktiv mitgestalten. Keine andere politische Ebene ist so nah an den Bürgerinnen und Bürgern wie die kommunale. Denn kommunalpolitische Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen, die in einer Kommune wohnen. Bei den Kommunalwahlen werden in allen 1.101 Gemeinden die ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeinderats sowie in den rund 400 Gemeinden mit Ortschaftsverfassung die Mitglieder von ca. 1.600 Ortschaftsräten gewählt. Zudem werden in den 35 Landkreisen neue Kreistage gewählt. In den 179 Gemeinden der Region Stuttgart findet außerdem die Wahl der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart statt. Landesweit werden an diesem Tag rund 34.000 kommunale Mandate neu vergeben. Die Amtszeit der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Gremien beträgt fünf Jahre.

Die bei den Kommunalwahlen gewählten ehrenamtlich tätigen Vertreterinnen und Vertreter gestalten die vielfältigen kommunalen Aufgaben vor Ort an entscheidender Stelle wesentlich mit. Für die Gemeinde-, Ortschafts- und Kreisträte bedeutet die Übernahme dieses Ehrenamts mit seinen Anforderungen großen persönlichen Einsatz, der oft auch mit ei-



nem erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden ist. Gerade in diesen ohnehin herausfordernden Zeiten kann man es nicht hoch genug schätzen, dass sich nach wie vor so viele Menschen bereit erklären, diese zusätzliche Aufgabe zu übernehmen und sich für ein kommunales Mandat bewerben. An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei all jenen, die sich auf diese Weise ehrenamtlich engagieren und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Und deshalb hoffe ich für die Wahlen in diesem Jahr, dass dieses Engagement auch von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird und sich dies in einer entsprechend hohen Wahlbeteiligung widerspiegelt.

Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht

Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht gibt den Wählerinnen und Wählern sehr weitgehende Möglichkeiten, die Zusammensetzung der kommunalen Gremien mitzugestalten. Unser Kommunalwahlrecht ist in hohem Maße ein Persönlichkeitswahlrecht. Die Wählerinnen und Wähler sind nicht daran gebunden, einen Wahlvorschlag mit feststehender Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Sie haben vielmehr die Möglichkeit, durch das Recht zur Stimmenhäufung (Kumulieren) und zur Übertragung von Personen aus anderen Wahlvorschlägen (Panaschieren) in weit stärkerem Maße als andere Wahlsysteme, die personelle Zusammensetzung der kommunalen Gremien zu bestimmen. Die Wahlberechtigten können so ihre Stimmen ganz gezielt den Bewerberinnen und Bewerbern geben, denen Sie vertrauen und denen sie für die nächsten fünf Jahre die Verantwortung übertragen möchten. Durch dieses gezielt persönliche Votum der Wählerinnen und Wähler wird auch die Position der gewählten einzelnen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gestärkt.

Neuerungen beim Kommunalwahlrecht

Auch bei dieser Kommunalwahl gibt es Neuerungen beim Kommunalwahlrecht: Mit der durch das Gesetz vom 4. April 2023 geregelten Absenkung des Mindestalters für die Wählbarkeit in kommunale Gremien von 18 auf 16 Jahre tritt

Baden-Württemberg Neuland. Bundesweit gibt es bislang in keinem anderen Land eine vergleichbare Regelung. Diese Regelung hat zur Folge, dass auch nach bürgerlichem Recht nicht voll geschäftsfähige Personen zur Wahl antreten und Mitglieder eines kommunalen Gremiums werden können. Für die Aufstellung der Wahlvorschläge und das Wahlverfahren ergeben sich dadurch keine Besonderheiten; insbesondere ist für eine Kandidatur keine Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Auch gewählte minderjährige Ratsmitglieder bedürfen bei der Ausübung des Mandats grundsätzlich nicht der Zustimmung der Erziehungsberechtigten. Sie sind bei der Ausübung ihres Mandats ebenso frei wie volljährige Ratsmitglieder. Dies gilt insbesondere für Redebeiträge und Abstimmungen in den gemeindlichen Gremien sowie für den Beitritt zu einer Fraktion. Ausgeschlossen ist indes eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat einer GmbH oder AG sowie in den Verwaltungsräten der Sparkassen.

Auch die Kommunalwahlordnung enthält – neben anderen Anpassungen – eine bedeutsame Änderung. Künftig wird auf die Angabe der vollständigen Anschrift von Bewerberinnen und Bewerbern in Wahlbekanntmachungen und Stimmzetteln verzichtet. Dies soll dem Schutz von Kandidatinnen und Kandidaten vor Hass und Hetze dienen und einer besorgniserregenden Entwicklung entgegenwirken, die zunehmend auch Kommunalpolitiker und kommunale Mandatsträger erfasst.

In der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge und auf den Stimmzetteln ist nun anstelle der Anschrift nur noch der Wohnort, also der Name der Gemeinde, anzugeben. Bei der Gemeinderatswahl und der Ortschaftsratswahl sowie bei der Kreistagswahl in Wahlkreisen, die nur aus einer Gemeinde bestehen, ist in der Regel zusätzlich zum Gemeindename der Ortsteil oder eine sonstige ortsübliche Bezeichnung für den Teil des Gemeindegebiets, in dem die Bewerberinnen und Bewerber wohnen, anzugeben. Diese Angaben richten sich nach den örtlichen Verhältnissen. Von der Angabe von Ortsteilen oder sonstigen Gebietsbezeichnungen kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgesehen werden, z. B. wenn in kleineren Gemeinden und

Ortschaften eine sinnvolle innerörtliche Abgrenzung insgesamt nicht möglich ist. Damit haben wir letztlich eine ausgewogene Lösung gefunden, mit der einerseits die betreffenden Personen ausreichend geschützt werden können und andererseits die Wählerinnen und Wähler die für ihre Wahlentscheidung notwendigen Informationen zu den Kandidatinnen und Kandidaten erhalten.

Europawahl

Gemeinsam mit den Kommunalwahlen findet am 9. Juni 2024 die Wahl zum Zehnten Europäischen Parlament statt. Hier gibt es in diesem Jahr ebenfalls ein Novum: wie bereits bei den Kommunalwahlen dürfen nun auch bei der Europawahl alle 16- und 17-Jährigen wählen. Bei der letzten Europawahl musste man noch 18 Jahre alt sein. Das nun geltende Mindestwahlalter 16 gilt selbstverständlich für die Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedstaaten, die in Baden-Württemberg wohnen und hier zur Wahl gehen, sowie für die wahlberechtigten Deutschen gleichermaßen. Deutschlandweit sind es rund 5,1 Mio. junge Menschen, die erstmals bei einer Europawahl wahlberechtigt sind. Insgesamt sind es rund 60,9 Mio. von Amts wegen wahlberechtigte Deutsche und rund 4,1 Mio. Unionsbürgerinnen und -bürger, die teilnehmen können, um die 96 Abgeordneten zu wählen, mit denen Deutschland im Europäischen Parlament vertreten ist.

Die Europäische Union gewinnt immer mehr an Bedeutung, insbesondere auch für unser Land mit seiner zentralen Lage in Europa. Daher und nachdem das Europäische Parlament in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter an Kompetenzen hinzugewonnen hat, ist es wichtig, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der breiten Unterstützung einer hohen Wahlbeteiligung nach Straßburg und Brüssel entsendet werden. Wir alle sind dazu aufgerufen, vom hohen demokratischen Gut der Wahlteilnahme Gebrauch zu machen und damit die Zukunft Europas und somit auch unseres Landes mitzugestalten.

Die gemeinsame Wahl als organisatorische Herausforderung

Für die meisten dürfte es mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden sein, dass die Kommunalwahlen und die Europawahl in Baden-Württemberg am selben Tag durchgeführt werden. Dies führt erfreulicherweise dazu, dass die Wahlbeteiligung bei beiden Wahlen erhöht ist und hat zudem den Vorteil, dass sich viele organisatorische Maßnahmen gemeinsam durchführen lassen, womit der Organisationsaufwand und auch die Kosten insgesamt deutlich reduziert werden.

Die gemeinsame Durchführung der Europa- und Kommunalwahlen ist zwar sehr effizient, sie stellt freilich auch eine große organisatorische Aufgabe in den 1.101 Gemeinden dar. Für alle Wahlen müssen die Wählerverzeichnisse erstellt und Wahlbenachrichtigungen und Wahlunterlagen versandt werden. Dazu sind ausreichend Wahlhelfer für den Wahltag zu finden und im Hinblick auf die besonders an-

spruchsvolle und aufwändige Auszählung der Kommunalwahlen sorgfältig zu schulen. Dafür, dass diese Mammutaufgabe jedes Mal so gut gemeistert wird, bedanke ich mich herzlich bei den Kommunen und den vielen tausend ehrenamtlich tätigen Wahlhelfern.

Zur Wahl gehen

Unsere Demokratie lebt davon, dass wir eine Stimme haben und diese nutzen. Sie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger andere Bürgerinnen und Bürger auf Zeit damit beauftragen, die wesentlichen Entscheidungen für das Gemeinwesen zu treffen. Und sie lebt davon, dass die Gewählten ihren Auftrag ernst nehmen. Eine Demokratie kann nur dauerhaft bestehen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger an ihr beteiligen.

Die Stimme jeder Wählerin und jedes Wählers hat Gewicht. In dem wir am 9. Juni 2024 wählen gehen, können wir schon durch die Stimmabgabe die Politik aktiv beeinflussen und werden dadurch Teil einer lebendigen Demokratie.

Wahlen sind für unser freiheitliches demokratisches Staatswesen von zentraler Bedeutung. Daher bitte ich alle Wahlberechtigten: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und gehen Sie am 9. Juni 2024 zur Wahl oder nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl.

Thomas Stobl ist Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommune Baden-Württemberg

EUROPAWAHL 2024

Unser Weg in die Zukunft heißt: Europa!

Am 9. Juni 2024 findet die Europawahl in Deutschland statt. Staatssekretär Florian Hassler betont die Bedeutung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Union für Baden-Württemberg und erläutert, warum es so wichtig ist, wählen zu gehen.

Von Florian Hassler · Staatsministerium Baden-Württemberg

Europa fängt im Kleinen an, in den Landkreisen und Kommunen. Hier wird Europa täglich gelebt und erlebbar gemacht – und das seit Jahrzehnten. Die Europäische Union sollte das Friedensprojekt zwischen den einstigen Erzfeinden Deutschland und Frankreich sein. Das war der einende Gedanke von Robert Schuman und Konrad Adenauer. Und in Baden-Württemberg ist der Einsatz für den Frieden und ein vereintes Europa sogar in der Landesverfassung festgeschrieben. Der Gedanke ist Wirklichkeit geworden. Und er hat ein zuverlässiges Fundament in den deutsch-französischen kommunalen Partnerschaften gefunden, die – insbe-



sondere auch in Baden-Württemberg – viel zur Aussöhnung beitragen.

Heute, Jahrzehnte nach den Anfängen, sind vielfältige Kooperationen mit Regionen oder Kommunen auch aus anderen EU-Mitgliedstaaten fast selbstverständlich. In vielen Landkreisen sorgen Europabeauftragte dafür, dass die kommunale Ebene bestmöglich von den Fördermöglichkeiten der EU profitieren kann. Kommunale Partnerschaften werden vor Ort mit Leben gefüllt. Sie pflegen und festigen Freundschaften zu unseren europäischen Nachbarn. Zu dieser Freundschaft gibt es in einem vereinten, friedlichen Europa keine Alternative.

Die Landkreise und Kommunen sind unverzichtbare Partner des Landes und ein bedeutender Faktor, wenn es darum geht, den Europagedanken in die Fläche zu tragen und Europa vor Ort ein Gesicht zu geben.

Quer durch die Gemeinden sind viele Menschen aktiv – in Schulen und Musikschulen, in Sportvereinen und Seniorenräten. Zahlreiche Verbände und Institutionen tragen als Kooperationspartner und Schaltstellen vor Ort zuverlässig zur Verbreitung des Europagedankens bei. Sie leben die europäischen Werte beispielhaft vor. Und sie helfen dabei, die Vorteile und Chancen, die die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern bietet, zu nutzen. Ihr zumeist ehrenamtlicher Einsatz ist von großer Bedeutung und beileibe keine Selbstverständlichkeit. Mit ihrem Engagement für den europäischen Gedanken engagieren sie sich für das Gelingen unserer Demokratie.

Der Einsatz für Europa ist in diesem Jahr besonders wichtig. Am 9. Juni 2024 stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Rund 350 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger sind aufgerufen, Europa ihre Stimme zu geben.

In Deutschland dürfen erstmals auch junge Menschen ab 16 Jahren mitwählen. Ich finde: Sie sind häufig engagierter, politischer als meine Generation. Sie organisieren friedliche Demos, sie engagieren sich ehrenamtlich in der Schule oder in ihrer Freizeit. Daher unterstütze ich die Absenkung des Wahlalters – es geht schließlich um die Zukunft der jungen Menschen. Es geht darum, die Zukunft Europas mitzugestalten.

Als baden-württembergische Landesregierung wollen wir dazu beitragen, ein stärkeres Bewusstsein für Europa zu

schaffen. Das ist elementar, gerade jetzt. Denn die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind richtungsweisend für die Zukunft Europas, und damit auch für uns in Baden-Württemberg.

Demokratische Wahlen sind die Grundlage der Demokratie. Sie sind essenziell, um die Legitimität demokratischer Institutionen zu gewährleisten. Laut einer Ende 2023 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage sehen die Befragten im Zugang zu zuverlässigen Informationen und in der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Wahlbehörden die wichtigsten Voraussetzungen für freie und faire Wahlen. Falsche oder irreführende Informationen stellen für die Unionsbürgerinnen und -bürger dagegen die größte Bedrohung der Demokratie dar, insbesondere die in den sozialen Netzwerken kursierenden „Fake News“.

Aus diesem Grund wollen wir als Landesregierung im Vorfeld der Wahl sachlich informieren und auf die Bedeutung der EU und eines starken Europäischen Parlaments aufmerksam machen. Wir suchen im Rahmen einer landesweiten Kampagne das Gespräch und den unmittelbaren Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir holen sie dort ab, wo sie leben – in den Landkreisen und Kommunen (Infos zur Kampagne des Staatsministeriums unter www.europa-bw.de).

Eine hohe Wahlbeteiligung ist uns wichtig. Sie ist ein selbstbewusstes Zeichen der Europäerinnen und Europäer für ein starkes Europa. In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 bei 64 Prozent, bundesweit bei 61 Prozent. Damit war sie um einiges höher als bei der vorhergehenden Europawahl 2014 (52 Prozent) und auch höher als die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der gesamten EU (nur rund 50 %). Die höhere Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg lässt sich zumindest teilweise auch darauf zurückführen, dass Europa für Baden-Württemberg als Grenzland nicht nur für die Unternehmen, sondern auch im Alltag vieler Menschen eine hohe praktische Bedeutung hat.

Aber noch immer sind vier von zehn Wahlberechtigten der Wahl ferngeblieben. Doch unsere Demokratie funktioniert nur, wenn möglichst viele sich beteiligen.

Wählen gehen ist nach wie vor die einfachste und effizienteste Form, Einfluss zu nehmen. Denn das Europäische Parlament hat einen gewichtigen Anteil an Entscheidungen, die über die Zukunft der EU und damit über das Leben von rund 450 Millionen Menschen mitbestimmen:

Der Präsident bzw. die Präsidentin der EU-Kommission wird vom Parlament gewählt. Zwei Drittel unseres geltenden Rechts beruhen unmittelbar oder mittelbar auf EU-Recht. Und daran ist wiederum das Europäische Parlament maßgeblich beteiligt – im Zusammenspiel mit der EU-Kommission und dem Rat der Europäischen Union. Schließlich hat das Europäische Parlament wichtige Kontrollrechte und ist für die Genehmigung des EU-Haushalts zuständig.

Das bedeutet, dass es ohne das Parlament kein Geld gibt: kein Geld für Austausch- und kommunale oder andere Förderprogramme, kein Geld für Forscherinnen und Forscher, kein Geld für all die anderen Projekte in der EU – bis hin zu Grenzschutz und mehr Sicherheit.

Das Europäische Parlament hat also vielfältige Funktionen. Und die Wählerinnen und Wähler können mit ihrer Stimme Einfluss nehmen. Es macht einen Unterschied, wer im Parlament sitzt. Es macht einen Unterschied, ob man wählen geht oder nicht. Jede einzelne Stimme zählt. Jede abgegebene Stimme stärkt nicht nur das Parlament, sondern auch die Europäische Union.

In anderen Ländern der Welt setzen Menschen ihr Leben aufs Spiel, wenn sie sich für freie Wahlen einsetzen. Oder sie werden unter Druck gesetzt, bestimmte Kandidaten zu wählen – manchmal direkt vor der Wahlurne. Mit dem Recht auf freie Wahlen, das wir haben, stehen wir in der Verantwortung, es auch zu nutzen.

Künstliche Intelligenz, Migrationsbewegungen, Umwelt- und Klimaschutz, digitale, wirtschaftliche und ökologische Transformation – wir stehen vor großen Herausforderungen. Und diese Herausforderungen sind auf nationalstaatlicher Ebene oft nicht zu bewältigen. Dafür brauchen wir eine starke Europäische Union, die von den Mitgliedstaaten getragene nachhaltige Lösungen findet. Denn nur so können wir uns dauerhaft gegenüber anderen Ländern und Regionen der Welt behaupten.

Gerade in Baden-Württemberg profitieren wir stark von der Europäischen Union. Der europäische Binnenmarkt ist für uns von überragender Bedeutung. Mehr als die Hälfte unserer Exporte gehen in die EU. Kleine wie große Unternehmen sind europaweit aktiv und in länderübergreifende Wertschöpfungsketten integriert.

Die großen Errungenschaften der EU wie Stabilität, Wohlstand, Menschenrechte und Frieden in Europa sind keine Selbstverständlichkeit. Das hat uns der furchtbare Krieg in der Ukraine deutlich vor Augen geführt. Dabei ist und bleibt Europa die einzig richtige Antwort. Nur gemeinsam in der EU können wir die multiplen Herausforderungen angehen und bewältigen.

Lassen Sie uns gemeinsam am 9. Juni 2024 mit einer hohen Wahlbeteiligung an den Wahlurnen ein Zeichen setzen. Denn unser Weg in die Zukunft heißt: Europa!

Florian Hassler ist Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa sowie Präsident des Landeskomitees Baden-Württemberg der Europäischen Bewegung Deutschland e. V.

Den Mehrwert Europas nicht aufgeben

Viel wird über die Europäische Union geredet, geschimpft oder mokiert. Sei es über überbordende Bürokratie und Berichtspflichten, sei es über unsinnige Regelungen oder unverständliche Anliegen. In diesem Kontext werden die wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Einigung überdeckt. Es ist an der Zeit daran zu erinnern, dass wir dieser historischen Einigung Frieden und Wohlstand verdanken.

Von Evelyn Gebhardt · Europa-Union Baden-Württemberg e. V.

Viel wird über die Europäische Union geredet, geschimpft oder mokiert. Sei es über überbordende Bürokratie und Berichtspflichten, sei es über unsinnige Regelungen oder unverständliche Anliegen. Ich gebe zu, auch in der EU werden Fehler gemacht, wie überall. Beamt*innen, Abgeordnete oder Regierungsvertreter*innen sind nun mal ganz normale Menschen. Aber stimmt es überhaupt, dass wegen europäischer Gesetze krumme Gurken nicht verkauft werden durften, Bäume auf Kreisel an Kreisstraßen gefällt werden müssten? Nein, ganz und gar nicht.

Nehmen wir als Beispiel folgendes Gerücht: die Europäische Kommission wolle den Verkauf von Brezeln verbieten – ein großer Aufreger bei uns in Baden-Württemberg. „Das ist ja ein Irrwitz“, „das kann doch nicht wahr sein“. Natürlich ist es nicht wahr! Der Gesetzgeber – also Europäisches Parlament und Ministerrat – haben auf Vorschlag der Europäischen Kommission ein Gesetz verabschiedet, um zu verhindern, dass Bürger*innen belogen werden können. Also zum Beispiel beim Kauf von salzhaltigen Waren mit der Bezeichnung „dieses Produkt ist gesund“ in die Irre geführt werden. Von Verbot kein Wort. Sie dürfen weiterhin so viele Brezeln verspeisen, wie sie möchten. Ich finde sie auch sehr lecker.

Ein weiteres Beispiel möchte ich besonders herausstreichen, weil es die Kommunalpolitik sehr direkt angeht: „Warum muss ich bei der Vergabe von Aufträgen immer das billigste Angebot nehmen?“. So oder so ähnlich die Vorwürfe, die mir immer wieder entgegengeschleudert werden, verbunden mit dem Hinweis, dass die Europäische Kommission sich doch bitte nicht überall einmischen solle. So ist es tatsächlich nicht!

Im europäischen Gesetz steht nicht das billigste, sondern das günstigste Angebot müsse berücksichtigt werden. Das macht einen großen Unterschied. Im EU-Recht wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es möglich ist bei Ausschreibungen zum Beispiel ökologische, soziale oder innovative Aspekte mitzuberücksichtigen. Ich weiß noch genau wie heftig wir im Europäischen Parlament darum gerungen haben diese Gestaltungsmöglichkeiten den Auftraggebern

den Behörden zu ermöglichen. Manche Abgeordnete wollten bedingungslos, dass nur das billigste Angebot zum Zuge kommen sollte. Andere Abgeordnete wollten, dass u. a. soziale oder ökologische Aspekte verpflichtend mitberücksichtigt werden müssen. Schließlich ist es gelungen eine Mehrheit im Parlament zu organisieren, die die Möglichkeit den kommunalen Ebenen lässt selbst zu entscheiden ob, und welche Aspekte in den Ausschreibungen zum Tragen kommen – ganz im Sinne der kommunalen Selbstbestimmung. Dass diese Möglichkeit heutzutage kaum zum Tragen kommt, liegt nicht am europäischen Gesetzgeber auch nicht an der Europäischen Kommission.

Die Reaktionen auf solche Vorurteile und das, was wir heutzutage Fakenews nennen, gipfelten gelegentlich auch bei Kommunalpolitiker*innen in Äußerungen wie „diese EU muss abgeschafft werden“. Solche Reaktionen und viele andere verblüffen mich immer wieder und bereiten mir viel Sorge. Zeigen sie doch, dass der eigentliche Wert und Zweck der Einrichtung der Europäischen Union in den Gedanken dieser Menschen verloren gingen.

Ich möchte daran erinnern, dass Anfang des 20. Jahrhunderts nicht weniger als zwei Weltkriege stattgefunden haben, dass in den dreißiger und vierziger Jahren ein Unheil ohne Gleichen auf die Menschen in Europa hereinbrach, weil es verantwortungslosen Menschen gelang in Deutschland an die Macht zu gelangen, um ganz Europa in Schutt und Asche zu legen. Deswegen erinnere ich gern daran:

„WER DIE GESCHICHTE NICHT ERINNERT, IST VERURTEILT, SIE NEU ZU DURCHLEBEN“

Zitat des spanischen Philosophen George Santayana am Eingang des Blocks 4 im KZ Auschwitz

Die Europäische Union ist ein Glücksfall in der Geschichte. Zu welcher Zeit konnten Menschen in unserem geografischen Raum behaupten, sie hätten 80 Jahre lang keinen Krieg erlebt, und heute Achtzigjährige, sie wüssten auch nicht, was Kriegsfolgen seien? Da muss man sehr lange in der Geschichte dieses kleinen Teils der Welt suchen – meine Suche war erfolglos!

Erfolglos? Nein – leider doch nicht, denn am 24. Februar 2022 begann der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Ein Krieg vor den Toren der Europäischen Union! Ein Angriff, der uns alle sehr betroffen macht. Er macht uns so sehr betroffen, denn wir wissen sehr wohl, dass nicht nur die Ukrainer*innen gemeint sind, sondern auch deren klares Votum für ein demokratisches, freies und friedvolles Leben.

Damit ist dieser Krieg auch ein Angriff gegen uns als Europäer*innen, gegen unsere Lebensweise, gegen unsere Demokratie, gegen unsere Freiheiten. Und das ist nicht die einzige Bedrohung, mit der wir heutzutage konfrontiert werden:

In ganz Europa und darüber hinaus erleben wir ein Erstarken rechtsextremer und autokratischer Kräfte. Denken Sie da etwa an Frau Meloni in Italien, Herrn Wilders in den Niederlanden, Herrn Orban in Ungarn! Nicht zu vergessen die Gefahr eines Donald Trumps in den USA oder einer Frau Le



Die Landesvorsitzende der Europa-Union Baden-Württemberg e. V.
Evelyn Gebhardt © Europa SPD

Pen in Frankreich. Das sind nur ein paar Beispiele, die uns vor Augen führen dürften, wie fragil unsere Demokratie und unsere Freiheiten sind. Gemeinsamkeiten der Vorgenannten sind der Wille zur Spaltung der Gesellschaft, die Erlangung der Macht, um der Macht willen, die Ausgrenzung von Menschen aus ideologischen, ethnischen Gründen heraus.

Auch Deutschland ist nicht gefeit vor dem Machthunger solcher Menschen, wie wir sie in vielen Äußerungen von Herrn Höcke oder dem Spitzenkandidaten der AfD zur Europawahl am nächsten 9. Juni hören müssen, um nur zwei Beispiele herauszugreifen. Besonderes Aufmerken sollte ihre Forderung nach der Abschaffung des Europäischen Parlaments sein. Das Organ, dass der Inbegriff der Demokratie ist, das Organ, in dem die vom Volke direkt gewählten Abgeordneten die Geschicke der Zukunft mitgestalten sollen, soll abgeschafft werden? Erinnern wir uns: In den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts wurden zunächst die Landesparlamente, danach der Reichstag abgeschafft! Honni soit qui mal y pense (ein Schelm, wer Arges dabei denkt)!

IM VERTRAG DER EUROPÄISCHEN UNION HEISST ES:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Das ist der Auftrag, den wir uns in unserer Gesellschaft gegeben haben. Einen schöneren und besseren Auftrag kann es nicht geben. Diese Werte sind es, die dazu geführt haben, dass sich Wohlstand entwickeln kann und wir gemeinsam in ganz Europa in Frieden und Respekt zueinander leben dürfen. Lassen wir uns das nicht nehmen und sorgen wir gemeinsam bei der Wahl am 9. Juni dafür, dass wir diesen Auftrag weiter erfüllen können.

Evelyn Gebhardt ist Landesvorsitzende der Europa-Union Baden-Württemberg e. V.

Die Lebensrealität vor Ort beginnt mit den Entscheidungen in Brüssel

Gesetze suchen sich ihren Weg durch die Verwaltungsebenen. Daher müssen Kommunen über kurz oder lang die Auswirkungen europäischer Rechtsvorschriften tragen. Eine rechtzeitige und deutliche Mitsprache ist deshalb unerlässlich.

Von Dr. Christoph Schnaudigel · Landkreis Karlsruhe



Der CEMR bringt Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen auf europäischer Ebene zusammen.

© Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Europa und die Gesetze, die in Brüssel gemacht werden, klingen oftmals nach „weit weg“. Dabei ist der Einfluss der Entscheidungen, die auf europäischer Ebene fallen, weitaus größer, als auf den ersten Blick deutlich wird. Das beste Beispiel: Grenzen zwischen europäischen Ländern sind völlig selbstverständlich verschwunden und können jederzeit überquert werden – für Reisen, die Arbeit oder das Freizeitprogramm. Aber auch in vielen kleineren Rechtsvorschriften stecken europäische Ideen. Die Kommunen und das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort spiegeln Europa wider. Dass sich Landkreise, Städte und Gemeinden in der Europapolitik einbringen, ist deshalb essentiell. Das Bewusstsein für diese Zusammenhänge zu schaffen, ist eine der wichtigen Aufgaben europäischer Interessensvertretungen.

Das Netzwerk stärkt das kommunale Wissen

CEMR, RGRE, AdR: Die Abkürzungen, die dafür stehen, der kommunalen Ebene eine Stimme zu verleihen, sind zunächst abstrakt. Die Gremien mit Schlüsselpositionen, in denen politische Vertreterinnen und Vertreter zusammenkommen und aktiv an der Richtung von europäischen Ent-

scheidungen mitwirken, sind die Mittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union. Dabei entsteht ein großes Netz an Verbindungen, gegenseitiger Erfahrungsaustausch und ständiges Lernen von den Lösungen anderer. Dieses Wissen tragen die Vertreterinnen und Vertreter zurück in ihre Verwaltungen, um auch dort das Verständnis für Europäische Zusammenhänge zu stärken.

Aus vielen Kommunen wird eine Stimme

Doch was hat es mit den Gremien auf sich? Die Struktur europäischer Interessensvertretungen ergibt sich aus einzelnen Puzzleteilen verschiedener Länder und Verwaltungsebenen, die am Ende ein meinungsstarkes Gesamtbild ergeben. Im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) / Deutsche Sektion organisieren sich – wie der Name schon sagt – deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die jeweiligen Spitzenverbände. Im gemeinsamen Austausch werden nicht nur die Positionen zur europäischen Gesetzgebung erarbeitet und auf einen Nenner gebracht, sondern zusätzlich auch untereinander konstruktive Netzwerke geschaffen.



Mit der Prager Erklärung, die die Vorsitzenden des CEMR im Juli 2023 unterzeichnet haben, fordert das Gremium mehr Mitsprache der kommunalen Ebene bei der Gesetzgebung der EU. © Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Die Ergebnisse werden im europäischen Dachverband, dem Council of European Municipalities and Regions (CEMR), aufgegriffen. In diesem internationalen Verband haben sich kommunale Gremien und Interessensverbindungen wie der RGRE / Deutsche Sektion länderübergreifend zusammengeschlossen. Denn je stärker der kommunale europäische Zusammenhalt ist, desto stärker ist am Ende der Einfluss auf das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. 60 Mitgliedsverbände aus 40 Ländern sitzen hier an einem Tisch, um für die Interessen der lokalen und regionalen Politik einzutreten.

Der Einfluss kommt durch die Beratung

Offizielle beratende Funktion für das EU-Parlament kommt dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) zu. Durch ihn haben Landkreise, Städte und Gemeinden förmliches Mitspracherecht bei der europäischen Gesetzgebung. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen den AdR anhören, wenn Rechtsvorschriften die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften betreffen, was bei immerhin 70 Prozent aller EU-Rechtsvorschriften der Fall ist. Als Stimme der Regionen und der Städte gibt der AdR dazu Stellungnahmen ab.

Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs, darunter der Landkreistag Baden-Württemberg, haben der Europapolitik mit der Zeit einen immer größeren Stellenwert eingeräumt und sind mit dem Kommunalen Europa-Pool jetzt noch einen weiteren Schritt gegangen. Stärker sollen zukünftig Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Landrätinnen und Landräte aktiv in die Arbeit des Europa-Büros eingebunden werden. Als Vertreterinnen und Vertreter aus dem Europa-Pool unterstützen sie dabei, die Anliegen aus der Praxis zu erläutern und die Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung sichtbar zu machen. Erste Themen mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und weiteren Verbänden waren etwa die kommunalfreundliche Ausgestaltung des Verordnungsvorschlages zur Wiederherstellung der Natur, die Überarbeitung des Beihilfe-



Der Eurodistrict Pamina erreichte im Juni 2023 eine Vereinbarung, mit der Gesundheitsleistungen in der Region grenzüberschreitend möglich wurden. © Eurodistrict PAMINA

rechts und die Überarbeitung der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser.

Der positive Effekt reicht von Brüssel bis in die Gemeinde

Von der kommunalen Europaarbeit profitieren Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen: Das Bewusstsein für eine europäische Bürgerschaft und die Vorteile, die damit zusammenhängen, steigt. Im Landkreis Karlsruhe erleben wir die Bedeutung von grenzüberschreitenden Projekten auf vielen Ebenen. Lösungen zu Mobilitätsfragen, zu einem offenen Arbeitsmarkt, zu Herausforderungen im Bevölkerungsschutz oder der Energieversorgung müssen an Ländergrenzen nicht Halt machen. Im Oberrheinrat, dem trinationalen Parlament, das die Grenzregionen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz zusammenbringt, aber auch mit dem Eurodistrikt PAMINA, der deutsche mit französischen Regionen verbindet, werden genau solche Aspekte gemeinsam untersucht und grenzüberschreitend gelöst. Aufgrund der geografischen Lage ist der europäische Gedanke im Landkreis Karlsruhe besonders tief verwurzelt.

Ein Austausch solcher Art, ob nun entlang des Rheins oder in Brüssel, führt dazu, dass für Entscheidungen ein breiter Sachverstand einbezogen wird und der Handlungsspielraum wächst. Rechtsetzungsverfahren können auf diese Weise optimal für eine breite kommunale Basis beeinflusst werden. Projekte können durch EU-Förderungen realisiert werden – beispielsweise über den Europäischen Fonds für Entwicklung EFRE oder das LEADER-Programm zur Stärkung der Wirtschaft vor Ort. Zudem werden Kommunen frühzeitig auf Veränderungen vorbereitet, die durch EU-Maßnahmen entstehen. Das Ergebnis: Kommunale Europaarbeit macht Städte, Gemeinden und Landkreise zukunftsfähig.

Strukturelle Probleme werden sichtbar

Mit Blick auf die Europawahl hat daher beispielsweise der Deutsche Landkreistag zehn Forderungen aufgestellt, mit denen die europäische Politik künftig noch näher an die

Kommunen rücken soll. Lösungen für Städte, Gemeinden und Landkreise sollen mit diesen und nicht nur für diese getroffen werden. Denn in den Herausforderungen von Kommunen spiegeln sich größtenteils die strukturellen Probleme innerhalb der europäischen Grenzen wider.

Das sind ganz konkrete Anliegen, die auch wir auf Landes- und Bundesebene immer wieder zur Sprache bringen. Das größte Thema ist dabei die Überregulierung. Die Normenkomplexität und der scheinbare Wille, auch kleinste Details „gerecht“ zu regeln, wandert bis zu den Landkreisen. Diese wiederum müssen als Verwaltungsbehörden EU-Recht vom Papier in alltägliche Verwaltungspraxis umwandeln, an der dann nicht selten Bürgerinnen und Bürger leiden. Dass dabei manche Details nicht in Brüssel, sondern manchmal auch erst auf Länderebene eingeflochten werden, erschwert den Kommunen zusätzlich die Arbeit. Ein Beispiel aus der Vergangenheit war das vermeintliche Verbot von Bebauung in Kreisverkehren für mehr Verkehrssicherheit. Gespräche mit anderen Nationen bringen hier Entspannung und Klarheit in die vorausseilende Überregulierung, die oft durch die innerstaatliche Gesetzgebung nochmals verstärkt wird.

Kommunales Wissen verbessert Vorgaben

Europa profitiert vom Wissen und den Erfahrungen der Kommunen, wie umgekehrt die Kommunen von dem europäischen Gedanken. Das gilt bei der Ausgestaltung von Zielen aber auch bei Fragen zur Bewältigung von Krisen. Nimmt man beispielsweise den Klimaschutz, beginnt die tatsächliche Umsetzung internationaler Klimaschutzziele bei den kommunalen Energieerzeugern, bei Klima- und Wärmekonzepten von Gemeinden und beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in den jeweiligen richtungsweisenden Entscheidungen der kommunalen Gremien. Ein wesentlicher Teil der Umsetzung des Green Deal wird von den Kommunen geleistet werden müssen. Hier kommen ebenso die Unteren Naturschutzbehörden oder Träger der Entsorgungsunternehmen ins Spiel, da die Kreislaufwirtschaft eines der wichtigsten Elemente in Hand der Kommunen ist. Zudem werden viele öffentliche Dienstleistungen in den Landratsämtern und Rathäusern ausgeführt. Hakt es im grundlegenden Beschluss, der von der EU zuvor getroffen wurde, kann das Problem durch die Kommunen konkret erfasst und für Verbesserungen zurückkommuniziert werden.

Ein Thema, das wie kein anderes die Bedeutung von kommunaler Mitsprache auf Europaebene unterstreicht, sind die Aufgaben der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Die Folgen der Migrationspolitik tragen hauptsächlich die Kommunen, denn hier kommen die Geflüchteten an. Der Ukraine-Krieg hat diese strukturelle Last erneut deutlich gemacht. Dabei teilen alle Kommunen dieselben Herausforderungen und Fragen rund um Unterbringung und Integration sowohl im Hinblick auf finanzielle wie auch personelle Belastung. Bereits bei den gesetzlichen Regelungen auf diese Erfahrungswerte zu setzen, kann künftige Krisen besser abfangen und rechtzeitig Lösungen vorhalten.



Landrat Dr. Christoph Schnaudigel ist nicht nur als Vertreter des Landkreises Karlsruhe auf europäischer Ebene aktiv, sondern spricht auch für Spitzenverbände. © Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Die kommunale Ebene und Europa gehören zusammen

Europa ist letzten Endes nur so stark und handlungsfähig wie seine Städte, Gemeinden und Landkreise. So wichtig es ist, dass kommunale Anliegen in Brüssel zur Sprache kommen, so unerlässlich ist das Verständnis für die Bedeutung der Europapolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern. Denn eine Kommunalpolitik gegen Europa hätte fatale Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Einschränkungen im Alltag sowie ein Verlust von Wirtschaftskraft, von Freiheit und von vielsprechenden Lösungen in Zukunftsfragen wären die Folge.

IN SEINER FUNKTION ALS LANDRAT NIMMT DR. CHRISTOPH SCHNAUDIGEL AUFGABEN IN UNTERSCHIEDLICHEN GREMIEN DER GRENZÜBERSCHREITENDEN UND EUROPÄISCHEN POLITIK WAHR:

- Mitglied des kommunalen Europa-Pools für den Landkreistag Baden-Württemberg
- Co-Präsident, Mitglied im Europäischen Hauptausschuss und Spokesperson Public Services für den Council of European Municipalities and Regions (CEMR)
- Erster Vizepräsident und Mitglied des Präsidiums im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) / Deutsche Sektion
- Stellvertretendes Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR)
- Mitglied des Vorstandes, Vorsitzender der Kommission Verkehr, Raumordnung, Katastrophenhilfe und Dritter Vorstand der baden-württembergischen Delegation für den Oberrheinrat
- Präsident, Mitglied des Vorstandes, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Soziales sowie Mitglied in der Vertreterversammlung für den Eurodistrikt Pamina
- Mitglied im Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Dr. Christoph Schnaudigel ist Landrat des Landkreises Karlsruhe

Viele Stimmen für die Demokratie

Weltweit können in diesem Jahr so viele Menschen wie nie zuvor von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. 2024 ist ein Schicksalsjahr für die Demokratie. Über ihre Zukunft wird vielerorts mit dem Stimmzettel entschieden, auch bei den Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg am 9. Juni. Grund genug, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Von Sibylle Thelen · Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Einmal abgesehen von Australien: Auf allen Kontinenten, in mehr als 60 Ländern, wird in diesem Jahr gewählt. Allein in sieben der zehn bevölkerungsreichsten Länder sind insgesamt gut 40 Prozent der Weltbevölkerung zur Stimmabgabe aufgerufen, allen voran in Indien, wo rund eine Milliarde wahlberechtigte Menschen über die künftige Besetzung des Unterhauses entscheiden können. So viel Beteiligung wie in diesem Superwahljahr 2024 war noch nie.

Wohin man auch blickt, hat sich der Wahlakt durchgesetzt, wird das Volk einbezogen, scheinen sich die Rituale zu gleichen. Selbst sogenannte illiberale und defekte Demokratien, Scheindemokratien mit eingeschränkter Gewaltenteilung und sogar Diktaturen wie Russland und sein Vasallenstaat Belarus stellen Wahlurnen auf. Doch der Anstrich von Mitsprache ändert nichts am Anspruch der Machthaber auf unumschränkte Alleinherrschaft.

Wenn also 2024 fast die halbe Menschheit auf Erden zur Wahl schreitet, ist Stimmzettel nicht gleich Stimmzettel. Er bleibt von begrenzter Wirkungskraft, wo Grundrechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit beschnitten sind. Schon gar nicht lassen sich demokratische Verhältnisse in den Wahlkabinen einer Autokratie erzielen. Vielmehr ist es so, dass an einem solchen Ort scheindemokratischer Handlung die Entrechtung der Menschen auch ohne körperliche Gewalt durchschlagend wirkt. Dann wird die individuelle Entscheidung, nicht zu wählen, zum subversiven Akt politischer Willensbekundung. Wie zuletzt im Iran.

Umso kostbarer ist der Stimmzettel dort, wo Wählerinnen und Wähler selbstbestimmt, ohne Angst vor Repression, von ihm Gebrauch machen können. Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen garantieren die Teilhabe am demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. In Deutschland ist das Wahlrecht im Grundgesetz verankert, ausgehend von der Feststellung: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Auch andere liberale Demokratien sichern das Wahlrecht über die Verfassung ab. Es ist nicht zuletzt dieses verheißungsvolle Versprechen auf politische Teilhabe, das die Erfolgsgeschichte des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats erklärt.

Es ist zugleich ein fragiles Versprechen. Denn das Volk, das als Souverän das verbriefte Recht auf Teilhabe genießt, kann dieses Recht immer auch gegen die demokratische



Sibylle Thelen, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg © LpB/die arge lola

Ordnung selbst richten. Dann können sich demokratische Wahlen in Schicksalswahlen für die Demokratie verwandeln. Im Superwahljahr 2024 wird diese grundsätzliche Verletzlichkeit von Demokratie auf schmerzliche Weise deutlich. Sie ist nicht nur ein Problem in fernen Ländern oder jenseits des Atlantiks bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Im Wissen um diese Verletzlichkeit, die Demokratie von innen heraus bedrohen kann, richtet sich der Blick auch auf nahende Termine hierzulande, auf den 9. Juni, an dem zeitgleich mit den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und sieben weiteren Bundesländern auch die Europawahlen stattfinden.

Zum sechsten Mal werden im deutschen Südwesten beide Wahlen am selben Tag abgehalten. Dabei können die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mitentscheiden, auf welche Weise sich Politik im Großen wie im scheinbar Kleinen auf ihren Alltag auswirken soll. In beiden Fällen haben sie es auch in der Hand, ein klares Bekenntnis für die Demokratie zu setzen. Diese Parallelität findet im gemeinsamen Wahlsonntag ihren symbolischen Ausdruck und verbindet zwei Wahlen, als deren gemeinsame Besonderheit lange Zeit die eher moderate Wahlbeteiligung galt. Viele Jahre pendelte der Stimmenanteil hier wie da um die 50 Prozent. Er lag damit deutlich unter dem Wert bei Bundestags- und Landtagswahlen. Doch dies ist nicht zwangsläufig der Fall. Mobilisierung schärft das demokratische Bewusstsein. So wie 2019, als die Beteiligung deutlich anstieg: auf 61,4 Prozent bei den

Europawahlen in Deutschland und auf 58,6 Prozent bei den Kommunalwahlen im Land.

Demokratie ist kein statischer Zustand. Sie muss erkämpft und errichtet, sie muss aber auch weiterentwickelt, bewahrt und verteidigt werden. Demokratie ist nicht für alle Zeiten gesetzt, sondern verändert sich. In Europa hat sich dieser Wandel seit dem Zweiten Weltkrieg in drei prägenden Phasen vollzogen: Erstens hat sich die Idee der Menschenrechte durchgesetzt. Zweitens ist über die Jahrzehnte hinweg das Projekt der europäischen Integration vorangeschritten. Drittens hat sich mit der Deutschen Einheit und dem Fall des Eisernen Vorhangs zunächst das westliche Demokratiemodell ausgebreitet.

Nach dem Zeitenbruchjahr 1989 erfasste eine Welle der Demokratisierung viele Länder, insbesondere in Osteuropa. Es war die dritte Welle der Demokratisierung weltweit, nach zwei Wellen zuvor, die sich jeweils nach den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert ausgebreitet hatten. Doch diese dritte Welle ist inzwischen rückläufig. Stattdessen rollt eine Welle der Autokratisierung über viele Staaten weltweit hinweg. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts steht Demokratie international zunehmend unter Druck. Renationalisierung, ein erstarkender (Rechts-)Populismus und ein zunehmend revisionistisch agierender Autoritarismus stellen die freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage, verändern die Strukturen und Stabilität des politischen Systems.

Die Verlockungen des Autoritären finden längst auch in Europa ihren Niederschlag – in Ungarn, über viele Jahre hinweg in Polen, sogar in Gründerländern der Europäischen Gemeinschaft wie Italien, den Niederlanden und Frankreich. Wenn also am 9. Juni rund 350 Millionen Menschen in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu aufgerufen sind, die 720 Abgeordneten des Europaparlaments zu bestimmen, welches Gewicht erhalten dann die Parteien, die kein Europa der offenen Grenzen wollen, sondern einen Kontinent mit Schlagbäumen, der Abgrenzung, beherrscht vom Gespenst des Nationalismus und vom Echo ethnozentristischer Parolen wie „Unser Land zuerst“? Was wird aus dem Projekt des Friedens, das nach dem Zweiten Weltkrieg dazu beitrug, Feindschaften zu überwinden?

„Menschen verbinden“ – diese hoffnungsvolle Vision formulierte der französische Wegbereiter des friedlichen und freiheitlichen Europas Jean Monnet wenige Jahre nach 1945. Damit beschrieb er einen Wesenskern von Demokratie, der sich in Europa über die Jahrzehnte ausgeprägt hat: Es geht darum, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen, sie im demokratischen Wertesystem zu verankern, sie einzubeziehen in Strukturen des Zusammenwirkens und -arbeitens. Die Wählerinnen und Wähler – in Deutschland sind sie nun erstmals ab 16 Jahren dabei – können Politik in Europa mitgestalten. Mit ihrer Stimme können sie nicht nur die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse beeinflussen, sondern auch die Ausrichtung des Europaparlaments, der einzigen direkt gewählten supranationalen Institution dieser Welt. Es geht um nichts Geringeres als „Einheit in Vielfalt“. Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sind mehr als acht Millionen Menschen stimmberechtigt. Und

auch hier gilt: Je mehr Stimmen geltend gemacht werden, desto wirkungsvoller können extreme Positionen an den Rand gedrängt werden. Auf kommunaler und regionaler Ebene zeigt sich das unmittelbar. Politik vor Ort, nah dran an den Bürgerinnen und Bürgern, setzt Konfrontation mit der Realität voraus. Die spalterische Vorstellung, im politischen Nahraum lasse sich zwischen „denen da oben“ und „wir da unten“ trennen, führt an dieser Realität vorbei. Die Kommune, „Keimzelle der Demokratie“, lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Mehr denn je braucht sie die Solidarität der Gemeinschaft, wenn einzelne Engagierte mit Hass und Hetze konfrontiert sind. Und auch darum geht es bei diesen Wahlen: Gesicht zeigen.

Das Superwahljahr 2024 mit seinen ambivalenten Perspektiven rüttelt nicht nur auf – es fordert auch zum Nachdenken über Demokratie heraus. Das Wissen um ihre Zerbrechlichkeit ist so allgegenwärtig wie die unausweichliche Wahrnehmung ihrer Schutzbedürftigkeit. Darin liegt eine Chance, die Kräfte freisetzen kann, wie zu sehen ist: Viele Menschen haben betroffen auf die Recherchen des Journalistennetzwerks Correctiv reagiert. Das Entsetzen über rechtsextreme „Remigrations“-Pläne hat sie zu hunderttausenden auf die Straßen getrieben, um für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und zugleich für ihre Nachbarn, Kolleginnen und Mitschüler mit Migrationsgeschichte zu demonstrieren. Im gemeinsamen „für-etwas-sein“ lernt die heterogene Gesellschaft sich selbst kennen und verortet sich in kollektiver Selbstvergewisserung im Koordinatensystem der demokratischen Werte. Bisher als trennend wahrgenommene Unterschiede treten in den Hintergrund. Das Verbindende wird sichtbar – das ist der Nährboden für Demokratie.

Es gibt viele Gründe, um über Demokratie nachzudenken. Politische Bildung kann hier vielfältige Angebote machen, zumal in diesem Superwahljahr 2024, das auch die Menschen in Baden-Württemberg umtreibt. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg begleitet die Vorwahlzeit mit vielen Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten an Schulen und für die interessierte Öffentlichkeit. Im Internet (www.kommunalwahl.de bzw. www.europawahl-bw.de) und in Publikationen – von Wahlhilfen in Leichter Sprache über Lernmaterialien bis hin zum Standard- und Nachschlagewerk „Handbuch Kommunalpolitik“ – wird über das Beteiligungspotenzial der Kommunal- und Europawahlen informiert. Der Nachfrage nach zu schließen: Das Interesse der Menschen ist groß, sehr groß. Die Bereitschaft, sich zu informieren, zeigt sich deutlich. Das lässt hoffen. Denn Demokratie lebt von Beteiligung. Nicht zuletzt lebt Demokratie von der Bereitschaft, selbst etwas zu geben – und sei es nur die eigene kostbare Stimme. Denn es braucht viele Stimmen für die Demokratie.

Sibylle Thelen ist Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Aufgaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Am 9. Juni 2024 werden in Baden-Württemberg neben dem Europäischen Parlament auch die „Kommunalparlamente“ Baden-Württembergs neu gewählt. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übernimmt bei Wahlen insbesondere bei der Ermittlung und der Veröffentlichung des amtlichen Wahlergebnisses für Baden-Württemberg eine wichtige Rolle.

Von Dr. Anke Rigbers · Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Kommunalwahlen umfassen neben den 35 Kreistagen und den 1101 Gemeinderäten auch die Ortschaftsräte in ca. 400 Gemeinden mit einer Ortschaftsverfassung. In der Region Stuttgart findet zudem die Wahl der Regionalversammlung statt.

Ein kurzer Blick zurück auf die Kreistagswahlen 2019: In Baden-Württemberg gaben insgesamt 58,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Wie bei früheren Kreistagswahlen errang erneut die CDU die meisten Stimmen. Von den gleichwertigen Stimmen¹ entfielen insgesamt 28,3% auf die Christdemokraten, gegenüber der vorangegangenen Wahl im Jahr 2014 bedeutete dies einen Verlust von 7,4 Prozentpunkten. Den zweithöchsten Stimmenanteil erhielten die Wählervereinigungen mit 24,4% der gleichwertigen Stimmen (+0,1 Prozentpunkte). An dritter Stelle lagen erstmals die GRÜNEN mit einem Anteil von 17,5%, sie konnten gegenüber 2014 um 5,2 Prozentpunkte zulegen. Die SPD erreichte 14,0% (-3,6 Prozentpunkte), während die FDP mit einem Plus von 1,6 Prozentpunkten insgesamt 6,2% der gleichwertigen Stimmen für sich gewinnen konnte. Die AfD erzielte einen gleichwertigen Stimmenanteil von 5,5% (+4,6 Prozentpunkte). Die anderen Parteien erhielten zusammen 2,9% der gleichwertigen Stimmen, darunter DIE LINKE mit 2,0%. Die gemeinsamen Wahlvorschläge von Wählervereinigungen und Parteien konnten insgesamt 1,2% der gleichwertigen Stimmen gewinnen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2019 werden auch im Beitrag „Baden-Württemberg vor den Kommunalwahlen 2024“ im Statistischen Monatsheft (2/2024) ausführlich behandelt.

Aufgaben des Statistischen Landesamtes

Bei Parlamentswahlen, also auch den Europawahlen, werden am Wahltag bereits zur Schließung der Wahllokale um 18 Uhr in den großen Medien die ersten Prognosen verschiedener Wahlforschungsinstitute veröffentlicht. Zu einer ersten Einschätzung des Wahlausgangs am Wahlabend sind diese Prognosen von großer Bedeutung und stellen eine wichtige Informationsquelle für die interessierte Bevölkerung und die Fachleute dar. Inwiefern die Prognosen und Hochrechnungen zutreffen, zeigt sich aber erst im Laufe des



Dr. Anke Rigbers ist Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wahlabends, wenn die amtliche Wahlberichterstattung die vorläufigen Ergebnisse vorlegt. Wie bereits bei früheren Europawahlen wird das Statistische Landesamt die Landeswahlleitung bei der technischen Übermittlung der Wahlergebnisse sowie bei der Überprüfung, Zusammenfassung und Veröffentlichung der amtlichen vorläufigen und endgültigen Ergebnisse unterstützen.

Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg dauert der Prozess der Auszählung auch aufgrund des Wahlsystems deutlich länger als bei den Parlamentswahlen. Das Statistische Landesamt übernimmt hierbei lediglich die Rolle einer landesweiten Zusammenfassung und einer statistischen Auswertung der Ergebnisse.

Ermittlung von Wahlergebnissen

Die Aufgabe der amtlichen Wahlberichterstattung ist es, die Wahlergebnisse vollständig und vollzählig zu ermitteln sowie die Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge vorzunehmen. Direkt nach Schließung der Wahllokale am 9. Juni 2024 werden zunächst die Stimmzettel aller Wählerinnen und Wähler der Europawahl in den örtlichen Wahllokalen und Briefwahlbezirken der 1101 Gemeinden Baden-Württembergs von den Wahlvorständen und Wahlhelferinnen und -helfern per Hand ausgezählt und zu Ergeb-

nissen zusammengefasst. Anschließend leiten die Gemeinden ihre Wahlergebnisse überwiegend auf elektronischem Wege dem zuständigen Kreiswahlleiter zu. Auf diese Weise werden die Ergebnisse der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs erfasst. Im Anschluss erfolgt die Übermittlung dieser Ergebnisse an die Landeswahlleiterin und das Statistische Landesamt.

Nach der Freigabe durch die Landeswahlleiterin führt das Statistische Landesamt den elektronischen Datentransfer zum Statistischen Bundesamt durch. Liegen die Ergebnisse aller Bundesländer vollständig vor, kann die Sitzverteilung berechnet werden. Anschließend verkündet die Bundeswahlleiterin das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament für Deutschland.

Im Anschluss an die Auszählung der Europawahl werden in den Wahllokalen vor Ort die Ergebnisse der Kommunalwahlen ausgezählt und übermittelt. Die Gemeinden übermitteln die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen und die Landratsämter die Ergebnisse der Kreistagswahlen ebenfalls auf elektronischem Wege an das Statistische Landesamt.

Bei störungsfreiem Verlauf der Wahlergebnisermittlung wird mit den ersten Gemeinde- und Kreisergebnissen der Europawahl voraussichtlich in den frühen Abendstunden und mit dem Landesergebnis im Laufe des Wahlabends zu rechnen sein. Demgegenüber werden die Gemeinde- und Kreisergebnisse der Kommunalwahlen überwiegend erst in den Tagen nach dem 9. Juni verfügbar sein, vorläufige Ergebnisse mit Landessummen der Gemeinderats- und Kreistagswahlen für ganz Baden-Württemberg wohl ab dem 14. Juni. Die geprüften endgültigen Ergebnisse der Kommunalwahlen für das gesamte Land stehen voraussichtlich ab Herbst 2024 zur Verfügung.

Repräsentative Wahlstatistik

Neben der Veröffentlichung der vorläufigen und endgültigen Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen ist eine weitere zentrale Aufgabe des Statistischen Landesamtes die Durchführung, Auswertung und Veröffentlichung der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl auf Landesebene. Bei der repräsentativen Wahlstatistik handelt es sich um eine Stichprobenerhebung. Sie liefert Informationen über die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung und die Stimmgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Des Weiteren lassen sich anhand dieser Statistik Aussagen über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht machen. Die Stichprobenziehung wird durch das Statistische Bundesamt durchgeführt und erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Bei der Europawahl 2024 umfasst die Stichprobe insgesamt 265 Wahlbezirke in gut 170 Gemeinden.

Im Gegensatz zu den Wahlanalysen kommerzieller Forschungsinstitute, deren Ergebnisse auf Umfragen beruhen, bildet die repräsentative Wahlstatistik das tatsächliche Wahlverhalten der Bevölkerung ab. In den für die Statistik nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Wahlbezirken wird

gewählt wie in allen anderen Wahlbezirken auch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Stimmzettel einen Aufdruck nach Geschlecht und sechs Altersgruppen erhalten. Zusätzlich werden in den Stichprobenwahlbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgezählt, um Aussagen über die Wahlberechtigten sowie die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen machen zu können. Das Wahlgeheimnis und der Datenschutz bleiben bei der repräsentativen Wahlstatistik selbstverständlich gewahrt. Dazu gehört, dass die Auswertung der Stimmzettel nach Altersgruppen und Geschlecht nicht in den Wahllokalen selbst, sondern örtlich und zeitlich davon getrennt im Statistischen Landesamt stattfindet. Zudem dürfen die Ergebnisse nur auf Bundes- und Landesebene, jedoch nicht für einzelne Wahlbezirke bekannt gegeben werden. Des Weiteren wird durch die Festlegung einer Mindestgröße der Wahlbezirke gewährleistet, dass keine Rückschlüsse auf die Wahlentscheidung einzelner Personen möglich sind. Die Erfassung der Stimmzettel im Statistischen Landesamt beginnt bereits in der Woche nach der Europawahl. Die Unterlagen aus den Stichprobenbezirken werden zunächst auf ihre Vollständigkeit überprüft und anschließend in einer vom Statistischen Landesamt entwickelten Anwendung erfasst. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik auf Landesebene werden voraussichtlich rund zwei Monate nach dem Wahltag veröffentlicht.

INFORMATIONSANGEBOT

Rund um die Europawahl und die Kommunalwahlen stellt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg vielfältige Informationen zur Verfügung, insbesondere in unserem Internetangebot unter www.statistik-bw.de/wahlen. In der Wahlnacht werden mit einer speziellen Ergebnispräsentation laufend die neuesten Europawahl-Ergebnisse aktualisiert. Zusätzlich stehen die Ergebnisse in den verschiedenen Dateiformaten laufend aktualisiert zum Download bereit. Neben dem Tabellenangebot wird das Statistische Landesamt im Vorfeld und Nachgang der Wahlen verschiedene Pressemitteilungen, Artikel sowie Statistische Berichte zum Thema veröffentlichen.

¹ Gleichwertige Stimmen: Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Stimmenzahl, die die Wähler/-innen zur Verfügung haben, von der Größe der Gemeinde bzw. des Kreistagswahlkreises abhängt. Deshalb werden sogenannte „gleichwertige Stimmen“ berechnet, indem in jeder Gemeinde bzw. in jedem Wahlkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten dividiert wird.

Dr. Anke Rigbers ist Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Die Stimme der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

Seit 1999 bringen sich die Kommunalen Landesverbände aktiv in die europäische Politik in Brüssel ein. Dahinter steckt ein klares Europabekenntnis, um Europas Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Gleichzeitig sind damit auch klare Erwartungen an die europäischen Akteure verbunden, Kommunen von Beginn an in die europäische Politik aktiv einzubinden.

Von Patrick Wegener · Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

**Gemeindetag
Baden-Württemberg**

**Landkreistag
Baden-Württemberg**

**Städtetag
Baden-Württemberg**

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel eröffnet

Brüssel. Das neue Europabüro des Gemeindetags, Landkreistags und Städtetags Baden-Württemberg wird heute in Brüssel eröffnet. Aus diesem Anlass findet ein Empfang statt, dem Gespräche der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der kommunalen Landesverbände mit den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern vorausgehen.

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen wird in Bürogemeinschaft mit dem Europabüro der bayerischen Kommunen und der sächsischen Kommunalverbände geführt. Die kommunale Verbände aus Sachsen und Baden-Württemberg werden je einen

Referenten entsenden. Die bayerischen Verbände haben bereits zwei Referenten.

Durch die Präsenz vor Ort lassen sich Informationen aus den EU-Institutionen zeitnah beschaffen und auswerten. Auch die Bewertung der Kommunalrelevanz von Vorhaben der Kommission und der europäischen Einrichtungen wird so erleichtert. Die baden-württembergischen Kommunen können bei europäischen Förderprogrammen frühzeitige Information und Beratung erhalten. Das umfasst Hilfe bei der Partnersuche, Benennung von Beratungseinrichtungen sowie Austausch von Wissen und Erfahrungen bei erfolgter EU-Förderung. Für die Kommunen wird somit durch den direk-

ten Ansprechpartner im Europabüro auch ein besserer Draht nach Brüssel geschaffen.

Die Bürogemeinschaft aus drei Bundesländern unter einem Dach wird Synergieeffekte für alle Beteiligten zur Folge haben. Bereits im Frühjahr haben die kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs und Sachsens mit den bayerischen Kommunalverbänden und dem bayerischen Prüfungsverband eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zur Vertretung ihrer Interessen in Brüssel vereinbart. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde am 26. Mai 1999 in München unterzeichnet.

Gemeinsame Pressemitteilung vom 13. Juli 1999

„In einem feierlichen Akt wurde heute das neue Europabüro des Gemeindetags, Landkreistags und Städtetags Baden-Württemberg in Brüssel eröffnet. Dieser historische Moment wurde mit einem Empfang eingeleitet, bei dem die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs, Sachsens und Bayerns mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus diesen Regionen zusammenkamen. Das Europabüro Baden-Württembergs wird in enger Zusammenarbeit mit den bayerischen und sächsischen Kommunalverbänden betrieben, was die Bedeutung der länderübergreifenden Kooperation unterstreicht. Während Sachsen und Baden-Württemberg jeweils einen Referenten entsenden, haben die bayerischen Verbände bereits zwei Experten vor Ort.“

Diese bedeutende Eröffnung zeigt, dass sich seit der Veröffentlichung der Pressemitteilung vom 13. Juli 1999 viel in Bezug auf das Europabüro und die Bürogemeinschaft geändert hat. Eine Sache ist jedoch konstant geblieben: die Notwen-

digkeit, die Interessen der Kommunen direkt im Herzen der europäischen Demokratie zu vertreten. Aktuell ist die Arbeit des Europabüros stark von der Umsetzung des Grünen Deals geprägt, während in den letzten Jahrzehnten Themen wie die Dienstleistungsrichtlinie und der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge bei Privatisierungen im Wassersektor im Fokus standen. Die grundlegende DNA der kommunalen Vertretung in Brüssel liegt im Bekenntnis zum europäischen Subsidiaritätsgedanken, der in den europäischen Verträgen verankert ist. Es ist die Pflicht der Kommunen, die Kommission aktiv daran zu erinnern, dieses Leitprinzip einzuhalten. Dabei stehen die Kommunalen Landesverbände über das gemeinsame Europabüro partnerschaftlich und auf Augenhöhe den europäischen Akteuren zur Seite. Im November 2024 begehen die Kommunalen Landesverbände das Jubiläum des Europabüros in Brüssel.

Joachim Walter, Landrat und Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, unterstreicht die Bedeutung der Vernetzung von Landkreisen in Europa und verweist auf

Gespräche am Rande der gemeinsamen Veranstaltung der Kommunalen Landesverbände und Herrn Staatssekretär Florian Hassler: „Die Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel – bereit für die Zukunft“ am 29. November 2023 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel

© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen



Podiumsdiskussion im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung der Kommunalen Landesverbände und Herrn Staatssekretär Florian Hassler: „Die Rolle der Kohäsionspolitik im grünen und digitalen Wandel – bereit für die Zukunft“ am 29. November 2023 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel

© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen



zahlreiche Kreispartnerschaften als Beispiele dafür. Insbesondere die Interessen der Landkreise bei den Fragen der regionalen Entwicklung sind in Brüssel zu vertreten.

Das Europabüro versteht sich als erste Anlaufstelle für die Mitglieder seiner Trägerverbände in Europafragen. Es empfängt Mitglieder gerne vor Ort in Brüssel und vermittelt Kontakte zu den EU-Institutionen. Darüber hinaus bietet es Hospitanzen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus baden-württembergischen Gemeinden, Städten und Landkreisen an, um die Europafähigkeit zu stärken und gewonnene Erkenntnisse vor Ort umzusetzen.

Die Zukunft Europas wird vor Ort gestaltet, und daher sind die Kommunalen Landesverbände mit ihrem Europabüro vor Ort in Brüssel präsent und schlagen eine direkte Brücke zwischen den Gemeinden, Städten und Landkreisen in Baden-Württemberg und Europa.

Die Vision einer Europäischen Union, die die Kommunen von Beginn an in die europäische Gesetzgebung einbezieht, mag zwar noch ein paar Schritte entfernt liegen, aber gemeinsam wird daran gearbeitet, sie Wirklichkeit werden zu lassen.

Patrick Wegener ist Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

TEAM EUROPA FÜR DEN LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG



Patrick Wegener
Leitung Europabüro
Schwerpunkte: Grüner Deal, Mobilität und strategische Planung



Jonathan Koch
Stv. Leitung Europabüro
Schwerpunkte: Digitalisierung und EU-Förderpolitik



Nadine Steck
Leitung Stabsstelle Europa und Wirtschaftsförderung beim Landkeistag

Alle Bilder © Landkeistag Baden-Württemberg

Warum der Schutz der europäischen Demokratie gerade jetzt so wichtig ist

Wenn am 9. Juni 2024 in Baden-Württemberg die Kommunal- und Europawahlen anstehen, dann kommt es im Sinne einer gut gelebten Demokratie auf jede Stimme an.

Von Andrea Hahn und Katharina Grupp · Ostalbkreis

Der EUROPoint Ostalb als Informationszentrum für alle Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis und der Region Ostwürttemberg ist in der Trägerschaft des Landkreises mit zahlreichen Angeboten unterwegs, um die Menschen für den Gang zur Wahlurne zu überzeugen.

Bereits seit 2009 bietet der Ostalbkreis mit dem Europeaninformationszentrum EUROPoint Ostalb eine besondere Einrichtung für die Bevölkerung. Es gehört zum EUROPE DIRECT Netzwerk der EU-Kommission, das den EUROPoint durch Kofinanzierung unterstützt. „Wir sind stolz darauf, uns seit 2009 schon mehrfach erfolgreich auf die Ausschreibungen für das EUROPE DIRECT-Netzwerk der EU-Kommission beworben zu haben und den Menschen im Landkreis und der Region nun seit 15 Jahren diesen Service bieten zu können“ freut sich die Wirtschafts- und Europabeauftragte des Ostalbkreises, Andrea Hahn. In der von ihr geleiteten Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Europabüro-Kontaktstelle Frau und Beruf ist der EUROPoint Ostalb und die darüber hinausgehende Europaarbeit in der EU-Strukturförderung angesiedelt. Aus dieser Konstellation ergeben sich viele nützliche Synergien.

Europaweit besteht das Netzwerk aktuell aus 438 EUROPE-DIRECT-Zentren, davon 50 in Deutschland und sechs in Baden-Württemberg (Freiburg, Friedrichshafen, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm und Ostalbkreis). Der EUROPoint Ostalb ist dabei das einzige Zentrum im Land in der Trägerschaft eines Landkreises und in der Verortung im ländlichen Raum. Das Netzwerk ist auf lokaler und regionaler Ebene die Schnittstelle der Bürgerinnen und Bürger zur EU und gleichzeitig eines der wichtigsten Instrumente der EU-Kommission, über das sie den Menschen vor Ort leichten Zugang zu Informationen bieten und den Europäischen Organen Rückmeldungen geben kann. Es ist organisatorisch bei der Generaldirektion Kommunikation (DG-COM) angesiedelt, welche als Dienststelle der Kommission dafür zuständig ist, die Öffentlichkeit über die EU-Politik zu informieren.

Die EUROPE-DIRECT-Zentren in Baden-Württemberg arbeiten zudem in enger Kooperation mit dem Referat für Europafähigkeit und Europaöffentlichkeitsarbeit des Staatsministeriums Baden-Württemberg und mit dem damit verbundenen Europeanetzwerk Baden-Württemberg. In diesem Rahmen finden Netzwerktreffen und Informationsaustausch statt.

AUFGABEN UND ANGEBOTE DES EUROPOINT OSTALB:

- Beratung, Information und Recherche zu europäischen Themen und Förderprogrammen
- Veranstaltungen, Ausstellungen, Messepräsenzen und Kooperationsprojekte zur Förderung der Diskussion über Europa für unterschiedlichste Interessengruppen
- Informationen für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende
- Weiterleitung von Meinungen und Impulsen aus der Bürgerschaft an die EU-Organen
- kostenloser Broschürenservice und Online-Informationen zu EU-Themen

Fokus Europawahl 2024

Demokratie lebt von den Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Demokratie braucht Menschen, die für sie einstehen. Demokratie bietet Mitgestaltungsmöglichkeiten bei den Themen unserer Gegenwart und Zukunft, wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Transformation der Energiesysteme und Wirtschaftsbranchen, Gesundheits-, Sozial- und Umweltaspekte oder dem demografischen Wandel. Pro Jahr erreicht der EUROPoint Ostalb mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger über unterschiedlichste Kanäle und Veranstaltungsformate. Diese Reichweite wird auch im Vorfeld der Europawahl 2024 genutzt, um mit zum Teil unkonventionellen Aktionen auf den Wert der Demokratie und die Nutzung des Wahlrechts aufmerksam zu machen. Dabei ist auch die neue Gruppe der Wahlberechtigten ab 16 Jahren im Blick. Ziel ist es, möglichst viele Menschen in der Region aus allen Schichten und Altersgruppen zu erreichen und zu bewegen, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Mit der Wanderausstellung „Erzähl’ mir von Europa“ im Foyer des Landratsamtes Ostalbkreis in Aalen startete der EUROPoint Ostalb ins Jahr 2024. Mit ihren eindrucksvollen Portraitfotografien des Künstlers Maximilian Gödecke zog sie die Besucherinnen und Besucher in ihren Bann. Außerdem gewährte sie Einblicke in die Aussagen vieler Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus dem Europäischen Archiv der Stimmen und man konnte sich die Landessprachen der Menschen anhören. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg bot im Hin-



Die Europabeauftragte des Ostalbkreises, Andrea Hahn, begrüßt den geschäftsführenden Leiter der Regionalvertretung der EU-Kommission in München, Dr. Renke Deckarm, im Walk-in-Center des EUROPoint Ostalb im Foyer des Landratsamts in Aalen. Dort und in der Außenstelle des Landratsamts in Schwäbisch Gmünd heißt der vielfältig gestaltete Informationsbereich die Interessierten willkommen. © Landratsamt Ostalbkreis

blick auf die Europawahlen 2024 die Möglichkeit, sich ganz persönlich mit dem „Gemeinschaftsprojekt Europa“ auseinanderzusetzen.

Im Programmkino „Kino am Kocher“ im Kulturbahnhof Aalen (KUBAA) zeigte der EUROPoint Ostalb am 13. März 2024 den Film „Into the Ice“. Ein bildgewaltiges Abenteuer auf dem grönländischen Eisschild mit Einblicken darüber, was uns das Eis über unser Klima, unsere Vergangenheit und unsere mögliche Zukunft sagen kann. In diesem Rahmen wurde auch auf die bevorstehende Europawahl und die resultierende Möglichkeit zur Mitentscheidung hingewiesen.

Am 17. April 2024 findet an der Hochschule Aalen das World-Café zur Europawahl statt. Unter dem Motto „Baden-Württemberg/The Länd in Europa“, wollen die baden-württembergischen EUROPE DIRECT Zentren Menschen aus unserem Bundesland in World Cafés zur Europawahl zusammenbringen. Bei der Methode des World Cafés stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt und arbeiten gemeinsam an konkreten Ergebnissen, z. B. in der Form von Wünschen für die Zukunft Europas. An verschiedenen Thementischen finden sich die Teilnehmenden in Gruppen zusammen und diskutieren über eine bestimmte Fragestellung.

Der Aalener Europatag am 13. Mai 2024 in der VHS Aalen und auf dem Aalener Marktplatz bietet ein buntes Mitmach-Fest und Gelegenheit bei einem leckeren Heißgetränk ins Gespräch zu kommen. Dort werden verschiedene Informationsstände, die beliebte EU-Café-Ape, ein EU-Quiz sowie Programm für Familien zu finden sein. Zudem ist am Abend des 16. Mai 2024 ein Vortrag des Team Europe Mitglieds Andreas Christ geboten. Es wird viel Informationsmaterial dabei sein, um die Menschen über die Europawahlen und die EU zu informieren. Eine Mentimeter-Umfrage soll zudem das Stimmungsbild einfangen. Der Tag wird vom Staatsministerium Baden-Württemberg unterstützt und gefördert.

Auch im EU-Pop-Up-Store in der Schwäbisch Gmünder VHS am 15. und 16. Mai 2024 wird ein ähnlich buntes Programm geboten. Highlight ist der Online-Abend-Vortrag zum Thema: „Europawahl und Fake News: Wird die Wahrheit abgewählt?“ der freien Journalistin Julia Kuttner, die unter anderem für tagesschau.de schreibt.

Die Ausstellung „Plakate für Europa“ wird vom 24.5. bis 21.6.2024 im Rathaus in Schwäbisch Gmünd, in Kooperation mit der EuropaUnion, zu sehen sein. Zudem ist ab Ende Mai 2024 die Outdoor Ausstellung „Europas-Werte-Wanderweg“ am Rande des Egau Radwegs in Neresheim geplant. Informative Give-Aways runden das Programm ab. So konnten z. B. örtliche Bäckereien für eine Bäckertüten-Aktion zur EU-Wahl gewonnen werden und ein Fakten-Fächer macht neben angenehm frischem Wind auch auf EU-geförderte Projekte im Ostalbkreis aufmerksam.

Neben diesen Veranstaltungen plant der EUROPoint Ostalb weitere interessante Diskussions- und Vortragsveranstaltungen.

Am 27. Mai 2024 findet im Landratsamt Ostalbkreis in Aalen in Kooperation mit der Kreissparkasse Ostalb ein Vortrag von Heiko Wolkenstein zum Thema „Digitaler Euro“ statt. Der Experte wird zudem im Anschluss auf dem Podium für Fragen des Publikums zur Verfügung stehen.

Selbstredend hört die Europaarbeit nach den Wahlen nicht auf. So finden auch im Herbst des Jahres Veranstaltungen wie das traditionelle KlimaFORUM Ostalb in Kooperation mit dem EKO Energiekompetenz Ostalb e. V. statt. Weitere Vorträge zu Wirtschaft-, Energie- und anderen aktuellen Themen sind in Planung, die sich bestens mit der Arbeit der Stabsstelle im Rahmen der EU-Strukturförderung aus dem EFRE und dem ELER verbinden. Ein besonderer Fokus wird in diesem Zusammenhang auch auf die Sichtbarmachung daraus entstehender und entstandener Projekte gelegt, um so den Mehrwert von Europa für den Landkreis und die Region greifbar zu machen.



Der erfolgreiche erste EU-Pop-up-Store 2023 im Kubus Einkaufszentrum in Aalen soll in Schwäbisch Gmünd im Mai 2024 eine Fortsetzung finden. Zu sehen sind Landrat Dr. Joachim Bläse mit dem Team des EUROPoint Ostalb Katharina Grupp und Birgit Bort sowie der Europabeauftragten Andrea Hahn.
© Landratsamt Ostalbkreis

RegioWIN 2030

Dank dem Erfolg des Ostalbkreises im EFRE-Landeswettbewerb RegioWIN 2030 – „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit“ können im Ostalbkreis in der Förderperiode 2021–2027 zwei Leuchtturmprojekte umgesetzt werden. Nach umfangreichen Planungen ging am 1. 1. 2023 das erste Leuchtturmprojekt an den Start: die KI-Werkstatt Mittelstand. In sieben Projekten der KI-Werkstatt wird die Hochschule Aalen mit den beteiligten regionalen Unternehmen innovative Anwendungen der Künstlichen Intelligenz erforschen. Um sämtliche Vorhaben hinsichtlich der benötigten Hardware bestmöglich zu unterstützen, wird 2024 ein leistungsfähiger KI-Rechner beschafft und in Betrieb genommen.

Das ursprünglich ebenfalls als Leuchtturmprojekt des RegioWIN-Wettbewerbs geplante „Innovationslabor für digitale Prozesstechnik, Energietechnik und Leichtbau“ des Forschungsinstituts Edelmetalle und Metallchemie (fem) in Schwäbisch Gmünd konnte kurzfristig aus den Mitteln des Förderinstruments REACT EU finanziert und umgesetzt werden. Am 17. Oktober 2023 wurde das neue „Innovationslabor K15“ nach einer Bauzeit von nur 15 Monaten feierlich eröffnet. Der markante Neubau mit seiner dynamisch geschwungenen Fassade in Gold und Silber erweitert das fem um rund 4.500m² und umfasst Laboratorien, Büros und Konferenzräume. Unter www.zukunft-ostalbkreis.de sind weitere Informationen zu RegioWIN im Ostalbkreis zu finden.

LEADER 2023-2027

In der aktuellen LEADER-Förderperiode sind im Ostalbkreis drei LEADER-Aktionsgruppen aktiv: die Jagstregion (www.jagstregion.de), der Schwäbische Wald (www.leader-schwaebischerwald.de) sowie die Brenzregion (www.brenzregion.de). Zusammen decken sie 30 Kommunen und rund 110.000

Einwohnerinnen und Einwohner des Ostalbkreises ab und erstrecken sich auch in angrenzende Partnerlandkreise.

Modellregion Grüner Wasserstoff

Der Ostalbkreis, die Stadt Schwäbisch Gmünd sowie das fem Forschungsinstitut Edelmetalle + Metallchemie sind Teil der vom Land Baden-Württemberg und der EU geförderten Modellregion Grüner Wasserstoff „H2-Wandel Mittlere Alb-Donau-Ostwürttemberg“ und dem hierfür eigens gegründeten Trägerverein H2-Wandel. Ziel des Umweltministeriums ist es, in den Modellregionen grünen Wasserstoff als Energieträger zu verwenden und die damit verbundenen technologischen, wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkte zu beleuchten.

EU-LEUCHTTURMPROJEKTE IM OSTALBKREIS

- Innovationszentrum an der Hochschule Aalen www.innovationszentrum-aalen.de
- eule gmünder wissenswerkstatt www.eule.gd
- Zentrum Technik für Nachhaltigkeit an der Hochschule Aalen www.hs-aalen.de/de/pages/forschungsinfrastruktur
- Europäische Ausbildungs- und Transferakademie Ellwangen www.eata-ellwangen.de
- KI-Werkstatt Mittelstand an der Hochschule Aalen www.hs-aalen.de/de/facilities/243

Andrea Hahn ist Wirtschafts- und Europabeauftragte im Landratsamt Ostalbkreis, Katharina Grupp ist Mitarbeiterin beim EUROPoint Ostalb im Landratsamt Ostalbkreis



Der EU-Azubi-Gipfel als „lebendes Objekt“ © Landratsamt Tübingen

DER EU-AZUBI-GIPFEL IM LANDRATSAMT TÜBINGEN

Vom Abstrakten zum Konkreten – Europapolitik mal selbst ausprobieren

Seit dem ersten EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb 2015 konnten bisher acht Generationen von Auszubildenden der Landkreise Reutlingen, Tübingen, Zollernalbkreis und der Städte Reutlingen, Tübingen und Mössingen erleben, wie Europa „funktioniert“.

Von Gertrud Gandenberger · Landkreis Tübingen

In einem eintägigen Planspieltag zu einem aktuellen europapolitischen Thema erleben 60 – 70 Auszubildende aus den beteiligten Kommunen und Kreisen den europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, die Rolle der beteiligten Institutionen und deren Einflussmöglichkeiten auf die europäische Gesetzgebung. Und sie üben sich darin, Perspektiven anderer politischer Kulturen und Einstellungen ein- und anzunehmen, um so ein Verständnis für gesamteuropäische wie nationale Sichtweisen zu entwickeln.

In seiner einführenden Rede beim Auftakt des ersten EU-Azubi-Gipfel 2015 im Landratsamt Tübingen stellte Joachim Walter, Landrat des Landkreises Tübingen, die Bedeutung der Europafähigkeit für die Auszubildenden der Verwaltung heraus: „Europa ist oft abstrakt und ‚weit weg‘,

obwohl sehr viele Themen auf der kommunalen Ebene direkt von Europa beeinflusst sind. 80 % aller Vorschriften, die auch für uns maßgeblich sind, beruhen auf der EU-Gesetzgebung. Und schon deshalb ist es, glaube ich, sehr wichtig, dass Sie sich als künftige Verwaltungsfachkräfte heute mal einen ganzen Tag lang die Zeit nehmen, in die Abläufe auf EU-Ebene einzutauchen und sich in Form eines Rollenspiels intensiv mit dem Gesetzgebungsverfahren der EU auseinanderzusetzen.“

Diese Worte verdeutlichen die Relevanz des Themas „Europa“ für unsere Verwaltungen und die Notwendigkeit, sich in der Verwaltungsausbildung mit der Struktur und den Verfahren der europäischen Gesetzgebung auseinanderzusetzen.

Erster Teil des EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb

Durch das Planspiel zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren nach Artikel 294 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union setzen sich die Auszubildenden mit den Entscheidungs- und Willensbildungsprozess in der EU auseinander. Dabei debattieren sie in unterschiedlichen Rollen – als EU-Abgeordnete*r, als Kommissar*in oder als nationale Minister*in – in den verschiedenen Gremien entsprechend den vorgegebenen Verfahrensschritten. Themen für dieses Rollenspiel sind z. B. die Aufnahmekriterien für Asylsuchende oder Verfahren, wie Kunststoffmüll vermieden werden kann. Dabei müssen sie als Entscheidungsträger tragbare Lösungen für diese Fragestellungen finden. Dies ist angesichts der unterschiedlichen Interessenslagen von sieben politischen Parlamentsfraktionen und 27 Mitgliedsländern keine leichte Aufgabe. Wie in der Realität ist die Debatte in diesem simulierten Gesetzgebungsprozess mühsam und von Interessenskonflikten und Konsensfindung geprägt, bis Parlament und Rat einer Richtlinie oder Verordnung zustimmen.

Rollenspiel am Beispiel der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Angesichts der aktuellen Flüchtlings- und Migrationsdebatten in Europa ist das Planspiel zur europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik optimal für das Kennenlernen der europäischen Entscheidungsfindungsprozesse. Die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in Europa und die Frage, wie eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld von humanitärem Asylrecht und der Frage der Aufnahmebedingungen und Aufnahmewilligkeit der EU gestaltet sein könnte, ist gerade auf kommunaler Ebene von besonderer aktueller Relevanz und holt die Auszubildenden in ihrer Arbeitswelt ab.

Während die EU-Institutionen mehrere Monate und manchmal auch Jahre benötigen, um eine gemeinsame Lösung zu finden, müssen die Auszubildenden in ihren Rollen die Entscheidungsschritte des Gesetzgebungsverfahrens durchlaufen und in nur sechs Stunden eine für alle 27 Mitgliedstaaten und 450 Mio. Bürger*innen verbindliche Regelung treffen. Da stöhnt(e) so manch eine*r: „Müssen wir jetzt noch weiterverhandeln oder können wir den Streitpunkt nicht einfach rauslassen, damit es weitergeht?“

In einer gemeinsamen Auswertungsrunde berichten die Auszubildenden anschließend über ihre Erfahrungen und legen gleichzeitig die zugelosten Rollen ab, um sich von diesen distanzieren zu können. Und zum Ende des langen Planspieltages spricht ein*e Europageordnete*r mit den Auszubildenden – ob nun in Präsenz oder online –, um ihre Erfahrungen mit einem ‚echten‘ Abgeordneten einem ersten Realitätscheck zu unterziehen.

Zweiter Teil des EU-Azubi-Gipfel: Besuch des EU-Parlaments in Straßburg

Das Europawissen erfährt einige Monate später durch einen eintägigen Besuch des Europäischen Parlaments in Straß-

burg einen zweiten „Realitätscheck“, bei dem die Jugendlichen vor Ort Einblicke in die Praxis der parlamentarischen Arbeit bekommen: Die Auszubildenden besuchen eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments und haben wieder die Möglichkeit, Fragen, die das Planspiel aufgeworfen hat, im Gespräch mit Abgeordneten zu diskutieren. Stimmen die im Planspiel erlebten Politikererfahrungen mit den Erfahrungen der Europaabgeordneten überein? Ist die Entscheidungsfindung wirklich so zäh? Welche Positionen wurden bei der Diskussion um die Aufnahme von Asylsuchenden vertreten? Wie ist eine Abstimmung innerhalb einer Fraktion organisiert? Wie wird das ständige Pendeln zwischen Brüssel, Straßburg und Zuhause bewältigt?

Die Studienfahrt zum Europäischen Parlament und die Abgeordnetengespräche sind ein besonderes Highlight und runden den EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb gewinnbringend für alle ab.

Ziele des EU-Azubi-Gipfels

Wesentliches Ziel des EU-Azubi-Gipfels ist es, die zentralen Verfahrensschritte des europäischen Gesetzgebungsprozesses und die Komplexität dieser Entscheidungsfindungsprozesse zu verstehen. Wenn die Mehrheit unseres Verwaltungshandelns auf Richtlinien und Verordnungen der EU gründet, ist dieses Europawissen von großer Bedeutung für die eigene Urteilsbildung und vor allem auch für die praktische Arbeit auf der kommunalen Ebene vor Ort. Die Auszubildenden können nach dem Planspiel einschätzen, welche EU-Institution welchen Einfluss auf die rechtlichen Vorgaben hat(te), wie die Gesetzgebung auf EU-Ebene abläuft und wer daran beteiligt ist. So wird auch die Relevanz des Europäischen Parlamentes im europäischen Institutionengefüge den Auszubildenden bewusst und vor allem wird dem Mythos entgegengewirkt, die EU sei ein bürokratisches Monster.

Nicht zu vergessen: Das Europäische Parlament ist noch immer das einzige Parlament einer supranationalen Organisation, dessen Mitglieder – 705 Abgeordnete (ab 2024 sind es 720) aus 27 Mitgliedstaaten – von den 450 Mio. Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt wird.

Organisation und Struktur des EU-Azubi Gipfels, Ausblick auf die weitere Entwicklung

Initiiert von Auszubildenden des Landratsamtes Tübingen und einigen Europa- und Ausbildungsbeauftragten der Region Neckar-Alb, etablierte sich der EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb in wenigen Jahren als wertvolles interkommunales Projekt für und mit den Auszubildenden der Kommunen und Landkreise. Der Veranstaltungsort für den Planspieltag wechselt jährlich zwischen den drei Kreisen und Kommunen und stärkt damit auch die Europakompetenz der jeweiligen kommunalen Verwaltungen. Wenn ein Landratsamt oder ein Rathaus zum Austragungsort des EU-Planspiels werden, belebt dies auch intern die Diskussionen über europapolitische Themen.

Um die Auszubildenden auf den Planspieltag vorzubereiten, führen die für den EU-Azubi-Gipfel verantwortlichen Europa- und Ausbildungsbeauftragten mit den Auszubildenden kleine interaktive Veranstaltungen durch und vermitteln Grundlagen zu EU-Europa und den ausgewählten Planspielthemen, wie z.B. der Asyl- und Migrationspolitik oder der Umweltpolitik.

Wie diese Projektidee 2015 von den Auszubildenden des Landratsamtes selbst initiiert wurde, machen die folgenden Sätze deutlich, die dem Brief dieser an Landrat Joachim Walter entnommen sind:

„Wir Azubis vom Landratsamt Tübingen würden gerne an diesem Planspiel teilnehmen, um die komplexen Aufgaben, Strukturen und Abläufe von EU-Gremien näher kennenzulernen.“

Das Engagement für den EU-Azubi-Gipfel, das auch in diesem Brief zum Ausdruck kommt, zeichnet bis heute die Auszubildenden des Landratsamtes Tübingen aus. Zur Vorbereitung auf den letzten EU-Azubi-Gipfel 2023 und als Auftakt zu der Europawahl am 9. Juni 2024 drehten fünf Auszubildende des Landratsamtes Tübingen das Video „Europa bewegt!“. Sie führten Interviews mit Bürger*innen aus dem Landkreis Tübingen mit den Fragen: Warum ist Europa wichtig für Sie? Und warum sollte man an der Europawahl teilnehmen? Die Interviewten spiegelten auf unterschiedliche Weise den europäischen Mehrwert und ihre Erwartungen an Europa in ihren Antworten wider: Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und europäische Solidarität. „Wir brauchen Europa, Deutschland ist viel zu mickrig, um die aktuellen Probleme alleine zu lösen“, so eine Interviewte.

Mit EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb haben wir ein neues und erfolgreiches Format der interkommunalen Kooperation für die europapolitische Bildungsarbeit etabliert, der Impulse für weitere gemeinsame Aktivitäten in der Region gegeben hat, wie z. B. das Erasmus+ Netzwerk Neckar-Alb.

Das Besondere des Kooperationsprojekts besteht neben dem Austausch der Jugendlichen jedoch vor allem darin, den Auszubildenden den Mehrwert Europas zu vermitteln, das Interesse an europäischen Themen zu wecken und – im Idealfall – die Motivation an der Gestaltung europäischer Belange partizipieren zu wollen.

Organisatorische Tipps

Wer gerne selbst einen Planspieltag zur europäischen Gesetzgebung und eine Studienfahrt nach Straßburg realisieren möchte und organisatorische und fachliche Unterstützung benötigt, kann sich bei der Landeszentrale für politische Bildung beim Europareferat oder gerne auch bei der Autorin des Artikels melden. Das Planspielteam der CIVIC GmbH – Institut für internationale Bildung, das in den letzten Jahren wiederholt beim EU-Azubi-Gipfel Neckar-Alb zum Einsatz kam, hat seinen Sitz in Düsseldorf und ist spezialisiert auf die Konzeption und Durchführung von euro-

papolitischen Planspielen. Auch das Europa Zentrum Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart ist ein kompetenter Ansprechpartner für die Vorbereitung und Realisierung von europapolitischen Veranstaltungen und Planspielen mit Auszubildenden. Fragen in Bezug auf die Finanzierung des EU-Azubi-Gipfel inklusive der Straßburgfahrt beantwortet die Autorin gerne persönlich.

WAS SAGEN DIE TEILNEHMENDEN AUSZUBILDENDEN ZU DEM EU-AZUBI-GIPFEL NECKAR-ALB?

„Auf jeden Fall war es sehr interessant und spannend, die Rollen zu übernehmen und zu erfahren, wie viel Verantwortung ein oder eine EU-Politiker*in übernehmen muss“

„Dauert ganz schön lang, bis man sich geeinigt hat. Jetzt habe ich mehr Verständnis für Europa“

„Bin ich froh, dass ich in meinem beruflichen Alltag keine andere Sprache sprechen muss“

„Das Planspielteam hat uns super motiviert und es war toll zu erleben, wie ich meine Schüchternheit verloren habe, als Abgeordnete im Europäischen Parlament zu sprechen“

„Kompromisse zu machen, gehört wohl zum politischen Alltag auch in Europa, das habe ich jetzt kapiert“

„Ist ganz schön schwer, eine politische Meinung zu vertreten, die absolut nicht der eigenen entspricht“

Gertrud Gandenberger ist Europabeauftragte im Landratsamt Tübingen

Erstwählenden das Thema Europa auf spielerische Art und Weise näherbringen

Der „Arbeitskreis Europa“ in der Region Heilbronn-Franken entwickelte aufgrund des herabgesetzten Wahlalters die App „Europabound“. Durch ein Quiz wird Erstwählerinnen und Erstwählern auf spielerische Art und Weise das Thema Europa nähergebracht.

Von Svenja Brassel · Landratsamt Schwäbisch Hall,
Sarah Schmidt · Landratsamt Hohenlohekreis und
Petra Wagner · Landratsamt Heilbronn

Selten werden erfolgreiche Projekte von einer einzelnen Person umgesetzt. Menschen, die sich für ein gemeinsames Ziel engagieren, können außergewöhnliche Ergebnisse vollbringen, denn zusammen ist man erfolgreicher, innovativer und kommt schneller voran. Aus diesem Grund hat sich im Jahr 2014 in der Region Heilbronn-Franken der „Arbeitskreis Europa“ bestehend aus verschiedenen Europa-Akteuren der Region gegründet. Seither bündeln insbesondere die jeweiligen Europabeauftragten der beteiligten Stadt- und Landkreise ihre Kräfte regelmäßig durch übergreifende Projekte und Initiativen neben der alltäglichen Europaarbeit. In den vergangenen Jahren konnten so bereits einige gemeinsame Formate, Projekte und Veranstaltungen umgesetzt werden, um aus neutraler Sicht auf die Europaarbeit und die mit der EU verbundenen Vorteile aufmerksam zu machen.

Zuletzt fand im Jahr 2022 eine Präsentation der Europaarbeit des Arbeitskreises auf der Gartenschau in Eppingen statt. Der Arbeitskreis hat auf der Gartenschau einen Europatag mit einem abwechslungsreichen Programm gestaltet. Neben Pressegesprächen, unter anderem mit einem Oberbürgermeister und einem Europaabgeordneten, bestand das Programm beispielsweise aus Vorstellungen von „Dein Theater“ aus Stuttgart mit dem Programm „Es ist dein Europa“.

Anlässlich der Europawahl 2024 wollte sich der Arbeitskreis – in diesem Jahr bestehend aus dem Landkreis Heilbronn, dem Hohenlohekreis, dem Landkreis Schwäbisch Hall, der Stadt Heilbronn, der Europa-Union Heilbronn sowie der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken – ein ganz besonderes Projekt einfallen lassen. Schnell war klar, dass der Schwerpunkt angesichts des auf 16 Jahre herabgesetzten Wahlalters auf der Sensibilisierung von Erstwählerinnen und Erstwählern liegen soll. Um diese Personengruppe möglichst zielgerichtet zu erreichen und für das Projekt zu begeistern, wurde der Arbeitskreis vom Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn e.V. sowie den Jugendreferaten der involvierten Stadt- und Landkreise durch deren fachliche Expertise beraten.



© Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn

Mit Unterstützung aller Projektpartner wurde schließlich ein sogenannter „Europabound“ erstellt, der im Februar 2024 veröffentlicht wurde. Hierbei handelt es sich um ein app-basiertes Quiz, das auf spielerische Art und Weise das Thema Europa näherbringt.

ER SETZT SICH AUS VIER MODULEN ZUSAMMEN:

- Die Europäische Union (EU): In diesem Modul erfahren die Erstwählerinnen und Erstwähler Basiswissen über die verschiedenen EU-Institutionen, deren Rollen, Entstehungsgeschichten und Funktionen. Zusätzlich behandelt dieses Modul auch historische Ereignisse und Meilensteine in der Entwicklung der Europäischen Union.
- Die EU in deiner Region: In diesem Modul lernen die Erstwählerinnen und Erstwähler mehr über die Auswirkungen und positiven Einflüsse der Europäischen Union in ihrer eigenen Region. Sie können lokale Projekte, Initiativen oder wirtschaftliche Entwicklungen kennenlernen, die durch EU-Fördermittel unterstützt wurden bzw. werden und erhalten dadurch einen persönlichen Bezug zur EU.
- EU und Du: In diesem Modul wird den Erstwählerinnen und Erstwählern aufgezeigt, wie die Europäische Union ihr tägliches Leben beeinflusst. Dabei wird herausgestellt, welche Vorteile und Möglichkeiten Erstwählerinnen und Erstwähler durch die Entscheidungen und Maßnahmen der EU haben.
- Europawahl – Deine Stimme zählt: In diesem Modul erfahren die Erstwählerinnen und Erstwähler alles Wichtige über die Europawahl, verstehen den demokratischen Prozess und erkennen die Bedeutung der eigenen Beteiligung an der Europawahl.

Eine der wichtigsten Zielgruppen bei diesem Projekt stellen die Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen dar. Daher wurden sämtliche Leitungen geeigneter Schulformen in der Region über die Mitglieder des Arbeitskreises auf das Projekt aufmerksam gemacht und mit Anleitungen sowie Lösungsblättern versorgt. Außerdem haben auch die Auszubildenden der Mitglieder des Arbeitskreises die Möglichkeit, am Europabound teilzunehmen.

Svenja Brassel ist Europabeauftragte im Landratsamt Schwäbisch Hall, Sarah Schmidt ist Europabeauftragte im Landratsamt Hohenlohekreis, Petra Wagner ist Europabeauftragte im Landratsamt Heilbronn

40 Jahre Europa im Enzkreis

Im September 1984, vor 40 Jahren also, organisierte das Land Baden-Württemberg einen Austausch mit der norditalienischen Region Emilia Romagna. Das Ziel: Kontakte knüpfen und die Möglichkeiten für kommunale Partnerschaften ausloten.

Von Jürgen Hörstmann · Enzkreis

Mit dabei, so erzählt es gerne Ex-Landrat Karl Röckinger, der seinerzeit als Dezernent des Enzkreises mit nach Italien reiste: Der derzeitige Verkehrsminister des Landes, der sich mit „Ich bin der Winnie“ vorgestellt habe.

Karl Röckinger musste noch lange Jahre Überzeugungsarbeit leisten, ehe sich der damalige Landrat Dr. Heinz Reichert und der Kreistag von seiner Idee einer Kreispartnerschaft mitreißen ließen: Erst 1989 gab es einen ersten offiziellen Besuch aus der Provincia Reggio Emilia und einen Gegenbesuch in der Heimat von Parmiggiano Reggiano, dem berühmten Käse, von Parmaschinken und Aceto Balsamico. Nochmals vier Jahre später unterzeichneten die beiden Landräte schließlich das offizielle Partnerschaftsdokument.

Viel schneller ging es bei einigen Gemeinden aus den beiden Kreisen: San Polo d'Enza und Eisingen verbindet eine „gemellagio“ seit 1989; Illingen und Castelnovo ne' Monti folgten 2003, 2018 verbrüdeten sich Vezzano sul Crostolo und Friolzheim. Die ersten aber, bei denen der deutsch-italienische Funke übersprang, waren Rubiera und Neulingen. Wie diese Partnerschaft entstand, welche Emotionen sie noch heute zu wecken vermag und wie sie über die Jahre gepflegt und immer wieder neu „erfunden“ wurde, erzählt im zweiten Teil eines Podcasts Kreisrat Heinrich Furrer, 1985 Fußball-Jugendtrainer in Neulingen und Begleiter des ersten Jugendaustauschs mit Rubiera.

Ein Landrat als Ehrenbürger

Auch die Partnerschaft des Enzkreises mit den polnischen Partnerkommunen Myslowice, Imielin und Chelm Slaski geht auf Jugendbegegnungen zurück: Ende der 80er Jahre verbrachten Kinder aus dem oberschlesischen Kohlrevier ihre Sommerferien im Enzkreis. Hintergrund waren die schlechte Luftqualität in der südpolnischen Region – und die hohe Strahlenbelastung nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl.

Erste Besuche führten dazu, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiter aus der Verwaltung ebenso wie Kreisräte, für Hilfen in der belasteten Region engagierten. Konvois mit Kleidung und Medikamenten, medizinische Ausrüstung, Feuerwehrfahrzeuge: Vieles half in den polni-



Sichtlich Spaß hatten die Schülerinnen und Schüler aus den polnischen und ungarischen Partnerkommunen, die an einem zweiwöchigen Deutschkurs im Enzkreis teilnahmen. Der Kreis machte dieses trinationale Angebot zum Jugendaustausch viele Jahre lang – mit durchgängig positiver Resonanz.

© Landratsamt Enzkreis, Sabine Burkard

schen Städten und Gemeinden, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und den ersten Jahren in der Marktwirtschaft die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dabei setzte der Enzkreis auch eigene Mittel ein – 100.000 D-Mark waren es 1993 – und warb Bundesmittel in beachtlicher Höhe für die Restaurierung der Marienkirche in Myslowice ein.

1996 wurden die Urkunden mit der Stadt Myslowice und den beiden kleineren Gemeinden, die seit dem Vorjahr (wieder) selbständig geworden waren, von den Bürgermeistern und Landrat Werner Burckhart unterzeichnet. Für seine Verdienste verlieh ihm die Stadt 2002 die Ehrenbürgerwürde – eine Auszeichnung, die zuvor nur sehr wenigen Menschen (und keinem Deutschen) zuteilgeworden war.

Wer die Stadt im Dreiländereck heute besucht, staunt, wie viel sich über die Jahrzehnte verändert hat. Viele Fördermittel aus Brüssel verschwanden zwar zunächst im Untergrund (nämlich für die Sanierung der Kanalisation und des Fernwärmenetzes); aber sie sorgten auch für ein Kleinod wie den Schlosspark mit Promenade, Spiel- und Tennisplätze, Sporthallen und Resten des ehemaligen Auswandererbahnhofs.

Doppelt hält besser: Pforzheim und der Enzkreis gemeinsam

Im Nordwesten Ungarns, nahe der Stadt Sopron (deutscher Name: Ödenburg), öffnete sich im Sommer 1989 der Eisernen Vorhang zum ersten Mal. Hunderte DDR-Bürgerinnen und Bürger nutzten das „Paneuropäische Picknick“, das ungarische Aktivisten dort ausgerichtet hatten, um durch ein für kurze Zeit offenes Tor im Grenzzaun nach Österreich zu fliehen, ohne dass ein einziger Schuss fiel. Heute befindet sich an der Stelle des Picknicks eine Gedenkstätte, deren Besuch zum Pflichtprogramm jeder Delegation aus Pforzheim und dem Enzkreis gehört, die das ungarische Partnerkomitat besucht.

2001 hatten die Bemühungen der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft zum Erfolg geführt: Feierlich wurde ein



Das große Engagement der Initiatoren Karl Spörr und Heinrich Furrer (2. und 3. v. l.) würdigte die Gemeinde Rubiera, indem Bürgermeisterin Lorena Bacarani beide 2011 zu Ehrenbürgern ernannte. Neulingens Bürgermeister Michael Schmidt (links) begleitete die Geehrten. © Landratsamt Enzkreis



Mehr als 10.000 Kilometer liegen zwischen den tansanischen Kommunen und dem Enzkreis – dennoch wollen sie weiterhin eng zusammenarbeiten. Über die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages im Großen Sitzungssaal des Landratsamts freuen sich (von links): Dezernent Frank Stephan, Kajuti Nyambi, Kreisrat Michael Sengle, Godfrey Yakiti, Kreisrat Dr. Till Neugebauer, Hon. Ibrahim Issa Chiputula (Chairman des Masasi Districts), Landrat Bastian Rosenau, Hon. Hashim Namtumba (Chairman von Masasi Town), Nelson Milanzi vom District, Rashid Musa von Masasi Town, Kreisrat Hans Vester und Erste Landesbeamtin Dr. Hilde Neidhardt. © Landratsamt Enzkreis, Sabine Burkard

Freundschaftsvertrag zwischen der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis auf der einen und dem Komitat Győr-Moson-Sopron auf der anderen Seite unterzeichnet. Bereits ein Jahr später fand das Internationale Jugendcamp des Enzkreises mit knapp 100 Teilnehmenden am südöstlichen Ufer des Neusiedler Sees statt: in der Gemeinde Fertőd mit der großartigen Schlossanlage, dem „ungarischen Versailles“.

Dort wurde 2007 der Partnerschaftsvertrag unterzeichnet – diesmal vom inzwischen zum Landrat gewählten Karl Röckinger zusammen mit seinem Pforzheimer OB-Kollegen und im Beisein zahlreicher Stadt- und Kreisräte. Immer wieder führten Delegationsreisen nach Ungarn – zuletzt im vorigen Jahr, als sich der Kreistag über Natur- und Umweltschutz informierte. Und natürlich stand auch die weltberühmte Abtei Pannonhalma, Teil des UNESCO-Weltkulturerbes, auf dem Programm.

Wer einen kleinen Blick in deren wertvolle Innenausstattung verschiedener historischer Gebäude im Komitat werfen möchte, ist herzlich zu einem virtuellen Rundgang eingeladen, den der Pforzheimer Künstler Janusz Czech 2022 für die Europäischen Wochen der Stadt Pforzheim entworfen hat.

Die 4. Partnerschaft verbindet den Enzkreis mit Afrika

Über den Landkreistag in Berlin landete die Anfrage im Landratsamt Enzkreis: Verwaltungsfachleute und Politiker aus dem Distrikt Masasi in Tansania seien auf der Suche nach einem deutschen Landkreis zum Zweck des Austauschs und um (voneinander) zu lernen. Was 2012 als ursprünglich einmalig geplanter Besuch begann, mündete in rasanter Geschwindigkeit in eine sogenannte Klimapartnerschaft – und zehn Jahre später in eine vollwertige Partnerschaft. Die Urkunde unterzeichneten Vertreterinnen und Vertreter aus Masasi und der vierte Landrat des Enzkreises, Bastian Rosenau.

Was alle vier Partnerschaften – und auch die langjährigen Kontakte des Enzkreises nach Schweden oder Spanien – verbindet: Immer ging es und geht es ums Tun, um gemeinsame Aktivitäten, um Jugendaustausch, gegenseitige Hilfeleistungen oder darum, voneinander zu lernen – das genaue Gegenteil von „Verwaltungs-Tourismus“ oder reinen Honorationenbesuchen.

Jürgen Hörstmann ist Pressereferent und Europabeauftragter im Landratsamt Enzkreis

**EUROPA TAGTÄGLICH UND GRENZÜBERSCHREITEND
MIT FRANKREICH ERLEBEN**

Europaarbeit vor Ort

Rheinnähe, kommunale Partnerschaften in Europa, eine mittelständisch geprägte Wirtschaft und Land- und Forstwirtschaft: Im Landkreis Emmendingen wird Europa tagtäglich und grenzüberschreitend mit Frankreich gelebt.

Von Silke Tebel-Haas · Landkreis Emmendingen

Der Landkreis Emmendingen zwischen Europapark und Freiburg zählt aktuell rund 172.000 Einwohner in 24 Städten und Gemeinden. Der Rhein verbindet den Landkreis Emmendingen mit Frankreich auf einer Länge von 18 Kilometern zu einer deutsch-französischen Grenzregion, die einzigartig in ihrer Natur und Geschichte ist.

Europawahlkampagne

Alljährlich veranstaltet die Europabeauftragte des Landkreises, Silke Tebel-Haas, den Europatag im Landkreis Emmendingen. Schwerpunkt ist wie bei weiteren Europaveranstaltungen auch, Informationen zu Europa zu vermitteln und daran zu erinnern, dass die Europäische Union, ihr Zusammenhalt und die damit verbundenen Vorteile immer wieder neu erarbeitet werden müssen und keine Selbstverständlichkeit sind.



Im Europawahljahr 2024 ist der Landkreis Emmendingen Standort für die Europawahlkampagne des Landes Baden-Württemberg. Das Fest und der Informationsvormittag am 24. Mai 2024 in der Großen Kreisstadt Emmendingen laden zu Informationen, Quiz, Torwandschießen, Riesenpuzzle und Gesprächen bei Kaffee und Brezeln ein.

Der Landkreis Emmendingen und seine Kooperationspartner Stadt Emmendingen und die Volkshochschule Nördlicher Breisgau veranstalten im Rahmen der Kampagne zwei weitere Abende: Am 13. Mai eine Lesung mit Reisejournalist Oliver Lück über seine Reiseabenteuer im Bulli durch Europa und einen Kinoabend am 16. Mai im Jugendzentrum Emmendingen. An diesem Abend informiert die Europabeauftragte bei Popcorn und Getränken zu den Möglichkeiten und Chancen, die die Europäische Union Jugendlichen bietet und erläutert das Wahlverfahren. Ziel der Veranstaltung ist, jugendliche Erstwähler ab 16 zur Teilnahme an den Europa- und Kommunalwahlen zu motivieren.

Das Thema Europa steht alljährlich ebenfalls im Mittelpunkt des Europäischen Schülerwettbewerbs, der mit einer gemeinsamen Preisverleihung mit dem Ortenaukreis im Europapark Rust gefeiert wird. Zu unterschiedlichen Themen können Schülerinnen und Schüler schreiben, malen, fotografieren oder filmen, Musik komponieren oder sich auf andere Art und Weise künstlerische mit Europa beschäftigen. Dank des großzügigen Entgegenkommens des Europaparks erhalten rund 1.200 Gäste die Möglichkeit zur Teilnahme an der Preisverleihung und zum anschließenden Besuch des Freizeitparks. In diesem Jahr wird die Preisverleihung am 27. Juni 2024 gefeiert.

Kommunale Partner- und Freundschaften in Europa

Die Gemeinden im Landkreis Emmendingen pflegen insgesamt 42 lebendige Partnerschaften und freundschaftliche Beziehungen in zwölf europäischen Ländern. Die Europabeauftragte berät die Kommunen und Vereine in Hinblick auf Förderprogramme und Veranstaltungsformate und Begegnungen in den Bereichen Sport, Kultur und Verwaltung. Wie auch für die vergangenen Jahre wurden für Begegnungen im Jahr 2024 erfolgreich Anträge auf Unterstützung gestellt; die Fördersummen bewegen sich in Größenordnungen von 1.500 Euro bis 20.000 Euro.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich

Auch bei der Verwaltung und der Politik hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Fahrt aufgenommen und freut sich über gute Netzwerke und enge Kontakte auf beiden Rheinseiten. So ist der Landkreis Emmendingen Mitglied im Eurodistrict Region Freiburg – Centre et Sud Alsace, dessen Präsident Landrat Hanno Hurth von 2023 bis 2026 Präsident des Eurodistricts ist: „So wie wir gute Beziehungen zu unseren Nachbarn auf der deutschen Seite pflegen, kooperieren wir ebenfalls mit den französischen Partnern über den Rhein: Trotz verschiedener Sprachen und unterschiedlicher politischer Systeme und Zuständigkeiten ist die Zusammenarbeit bei den Themen Arbeit, Verkehr, Umwelt und Kultur für den Landkreis eine große Bereicherung.“ In diesem Jahr steht der neue Kleinprojektfonds des Interreg-Programms mit EFRE-Mitteln im Mittelpunkt. Der Eurodistrict bewirbt sich um Fördermittel, die der Entwicklung von Kultur und Tourismus im Grenzgebiet von Sélestat bis Waldkirch, Mulhouse und Colmar bis Breisach und Freiburg zugutekommen sollen.

Der Landkreis Emmendingen ist auch Partner der Infobest Vogelgrun/Breisach, die Grenzgänger und Arbeitspendler zu Familien- und Sozialleistungen, bei Umzug und KFZ-Ummeldungen und zu Rentenleistungen in Deutschland und Frankreich berät. Zu den Leistungen bestehen viele Fragen, die teilweise von sprachlichen Hindernissen begleitet werden. Auch Online-Anträge stellen Grenzgänger zum Beispiel bei Rentenfragen vor Hindernisse. Das Interreg-Projekt Infobest 4.0 möchte hier Unterstützung bieten und stellt Kundenberaterinnen beim Ausfüllen der digitalen Anträge zur Seite.

Machbarkeitsstudie für eine neue Fährverbindung zwischen Weisweil und Schoenau

Interreg am Oberrhein unterstützt auch die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine Rheinfähre zwischen Schoenau auf elsässischer Seite und Weisweil auf der deutschen Seite. Der Landkreis unterstützt die Machbarkeitsstudie für eine Rheinpassage mit personellen Ressourcen und finanzieller Förderung. Die letzte Rheinbrücke zwischen Schoenau und Weisweil wurde im Zweiten Weltkrieg im Jahr 1940 zer-

stört. Die Möglichkeit einer direkten Rheinpassage könnte die Nähe und Zusammenarbeit beider Gemeinden stärken sowie den Radverkehr und den Tourismus stärken.

Deutsch-französisches Radeln für das Klima

Auf die Räder, fertig los! So heißt es auch in diesem Jahr wieder für den Landkreis Emmendingen und seine französische Nachbarregion, dem Planungsverband Pôle d'équilibre territorial et rural (PETR) Sélestat-Alsace Centrale. Zum fünften Mal wird zusammen mit den französischen Partnern über den Rhein geradelt. Beide Grenzregionen sammeln bei der Aktion mit dem Rad gefahrene Kilometer als deutsch-französisches Tandem. In Rheinnähe zeigen die Veranstalter Modellprojekte zum Thema Energie und Umweltschutz und organisieren ein gemeinsames Picknick.

Ziel des Wettbewerbs Stadtradeln ist es, auf beiden Rheinseiten möglichst viele tägliche Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen, sowie die Treibhausemissionen zu senken und den Anteil des Fahrrads am täglichen Verkehr zu erhöhen. Beide Partner legen sich auf einen gemeinsamen Zeitraum fest, in diesem Jahr vom 17. Juni bis zum 7. Juli. Höhepunkt des Wettbewerbs ist alljährlich eine gemeinsame Radtour mit den elsässischen Nachbarn: Letztes Jahr konnten Teilnehmende die Rheininsel zwischen Sasbach und Marckolsheim kennenlernen. Französische Ornithologen und Naturschützer informierten über die Flora und Fauna der Insel.

Digitale Radfahrkarte Elzach-Villé führt durch 20 Gemeinden in der Grenzregion

Dass man auch mit dem Rad auch Frankreich entdecken kann, zeigt auch die deutsch-französische Radfahrkarte Elzach-Villé, die die Europabeauftragte im Jahr 2022 erneut gestaltet hat: Die Karte informiert analog und neu in digitaler Form über den 88 km langen deutsch-französischen Radwanderweg und führt durch insgesamt 20 Gemeinden der Grenzregion. Darüber hinaus verbindet die Strecke die kommunalen Partnerschaften Elzach-Villé (seit 1993), Waldkirch-Sélestat (1966) und Sasbach-Marckolsheim (seit 1960 miteinander freundschaftlich verbunden). In beide Fahrrichtungen können Radfahrende eintauchen in idyllische Dörfer, Schwarzwaldatmosphäre, die Weinstraße und die Vogesen genießen und touristische Sehenswürdigkeiten anschauen. Der Link mit QR-Codes zur Onlineversion, dem digitalen Reiseführer und zur Tourennavigation ist einsehbar unter www.landkreis-emmendingen. Auf dieser Strecke lässt sich Europa im wahrsten Sinne des Wortes erfahren.

Französische Rosen schnuppern?

Im Zeitraum Mai bis August organisiert das Landratsamt Emmendingen alljährlich die Tage der offenen Gartentür (Jardins ouverts): Seit vielen Jahren öffnen auch elsässische Gärten ihre Pforten und nehmen am Programm teil. Ein Flyer informiert über die Termine und Angebote in deutscher und französischer Version. Gerade Gartenliebhaber

kommen bei der Besichtigung der Gärten trotz Sprachhürden miteinander ins Gespräch und manche Staude wandert anschließend über die Landesgrenze. Die Aktion erstreckt sich über alle Städte und Gemeinden im Landkreis und bezieht auch Hausgärten, Obstgärten sowie klimafreundliche und naturnahe Gärten ein.

Grenzregion startet Common Ground-Projekt mit Bürgerbeteiligung zum Klimaschutz

Klimaschutz hat in der Grenzregion bereits seit Jahren einen hohen Stellenwert. Aufbauend auf die jahrelange Projektarbeit zwischen den Verwaltungen bestand der Wunsch, Bürgerinnen und Bürger und Vereine für Projekte und Informationen zu gewinnen und grenzüberschreitend als Ansprechpartner untereinander zu vernetzen. Insofern lag der Schritt für eine Bewerbung um eine Förderung durch die Robert Bosch Stiftung im Rahmen der Ausschreibung „Common Ground“ nahe. Deutschlandweit hatte die Robert Bosch Stiftung zur Teilnahme am Förderprogramm „Common Ground – Über Grenzen mitgestalten“ aufgerufen und dabei explizit Landkreise angesprochen, die einen Prozess grenzübergreifender Bürgerbeteiligung zur Gestaltung und Entwicklung ihrer Region starten möchten. In dem Verfahren wurden an allen deutschen Ländergrenzen insgesamt 8 Grenzregionen ausgewählt, die finanziell gefördert, beraten und wissenschaftlich begleitet werden. Der Landkreis Emmendingen und der PETR Sélestat Alsace Centrale wurden mit ihrem Bürgerbeteiligungsprojekt R(h)einverbindlich im Juni 2022 als Common Ground Gebiet nominiert und freuen sich auf die intensive Kooperation für einen Zeitraum von drei Jahren. Ziel ist, grenzüberschreitende Bürgerbeteiligung aufzubauen und gemeinsam unter Mitwirkung vieler Bürgerinnen und Bürger die Zusammenarbeit in Themen Erneuerbare Energien und grenzüberschreitender Klima- und Umweltschutz zu vertiefen.

Durchgeführt wurden und werden Bürgerbeteiligungsformate in unterschiedlichen Formaten: Bürgerwerkstatt, und Seminare, ergänzt durch Aktionen mit Event-Charakter: Führungen, Vorträge, Kanu- und Radtouren sowie Medienveranstaltungen. Bürgerinnen und Bürger können auch aktiv in der Natur arbeiten und den regelmäßigen Austausch mit Vertretern aus der Politik von der kommunalen bis zur europäischen Ebene wahrnehmen. Alle Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht, die Unterlagen zweisprachig aufbereitet. Zentraler Ort für Gestaltungsideen soll die ehemalige französische Grenzplattform auf der Rheininsel bei Marckolsheim sein, sozusagen als wortwörtlicher „Common Ground“ für beide Nationen. Laut Europabeauftragter Tebel-Haas „soll der Rhein keine Grenze mehr sein, sondern ein Bindeglied, ein Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger in unserer Grenzregion gemeinsam einen friedlichen Alltag im Herzen von Europa leben können.“

Silke Tebel-Haas ist Pressereferentin und Europabeauftragte im Landratsamt Emmendingen



Ministerpräsident Kretschmann informierte sich über den größten Solarladepark der Welt am Bahnhof Merklingen. © Staatsministerium Baden-Württemberg

Ausbau erneuerbarer Energien

Kretschmann lobt Leuchtturmprojekte im Alb-Donau-Kreis

Die Vorreiter der Energiewende wohnen im Alb-Donau-Kreis: Ministerpräsident Winfried Kretschmann informierte sich dort kürzlich über die Strategien und Projekte, durch die sich der Kreis beim Ausbau der Erneuerbaren landesweit an die Spitze gesetzt hat.

Von Katrin Frauenlob · Alb-Donau-Kreis

„Wo mir send isch vorne!“ – der Alb-Donau-Kreis hat den Vorteil, dass er im Alphabet immer als Erstes genannt wird. Das Motto gilt aber auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien: Der Kreis zählt in Baden-Württemberg zu den Spitzenreitern beim Ausbau und ist unter den Top-3-Landkreisen mit dem höchsten Pro-Kopf-Ertrag aus Erneuerbaren (4.500 KWh). Mit welchen Strategien und Projekten das gelungen ist, wollte Ministerpräsident Kretschmann bei einem Besuch im Alb-Donau-Kreis Anfang Februar wissen.

Die Tour durch den Landkreis begann gleich mit einem Weltrekord: Am Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb) ist der größte solarbetriebene E-Ladepark der Welt entstanden. Dieser ist Teil eines nachhaltigen Mobilitätsmix und bietet

mit 259 Ladepunkten Pendlerinnen und Pendlern die Möglichkeit, während der Weiterreise mit dem Zug ihr E-Auto aufzutanken. Den Strom liefern Solarpaneele über den Parkplätzen, die im Sommer zusätzlich für Schatten sorgen. Das Land hat den über 4 Millionen Euro teuren Bau mit 2,5 Millionen Euro unterstützt.

Bürgerinnen und Bürgern investieren in ihren Windpark

In Berghülen informierte sich der Ministerpräsident über ein Windpark-Projekt, an dem sich Bürgerinnen und Bürger über eine Bürgerenergiegenossenschaft an den Anlagen der EnBW oder direkt über die Alb-Naturenergie GmbH an de-



Im Tagungszentrum Hessenhöfe in Blaubeuren stellte Landrat Heiner Scheffold die Strategien des Alb-Donau-Kreises beim Ausbau erneuerbarer Energien vor.
© Staatsministerium Baden-Württemberg

ren Windrad beteiligen konnten. Der Windpark zeigt beispielhaft, wie die Energiewende vor Ort konkret vorangetrieben wird, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner Hand in Hand mit regionalen Energieversorgern gehen: Neben dem Ausbau regenerativer Stromerzeugung wird nicht nur die regionale Wertschöpfung gestärkt, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommune profitieren finanziell von den Verkaufserlösen.

Geplant war auch eine Besichtigung des Solarparks in Allmendingen-Weilersteußlingen. Diese musste aus Zeitgründen leider entfallen, da sich Ministerpräsident Kretschmann zuvor unter anderem Zeit für ein Gespräch mit protestierenden Landwirtinnen und Landwirten in Berghülen genommen hatte.

Beim anschließenden Fachgespräch stellten Landrat Heiner Scheffold und weitere Fachleute die aktuelle Situation des Alb-Donau-Kreises sowie Strategien vor, die den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben sollen. Der Ausgangspunkt für das konzeptionelle Vorgehen ist eine Potenzialanalyse mit Ableitung eines strategischen Ziels: Der Alb-Donau-Kreis möchte bis 2040 bilanzielle Energieautarkie erreichen – also genauso viel Strom erzeugen, wie Menschen und Industrie verbrauchen. Landrat Heiner Scheffold stellte die Ergebnisse der Analyse vor, die er bei Netze BW beauftragt hatte.

Expertinnen und Experten haben dafür den voraussichtlichen Strombedarf im Jahr 2040 berechnet: Demnach erhöht sich der Strombedarf im Alb-Donau-Kreis, unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung, zum Beispiel durch E-Autos und Wärmepumpen oder die Digitalisierung, um den Faktor 1,6 und bei der zusätzlichen Produktion von

grünem Wasserstoff für die Industrie um den Faktor 2,5. Die Potenzialanalyse zeigt dabei auch Wege auf, wie und mit welchem Energiemix der Alb-Donau-Kreis die notwendige Leistung erzeugen kann – der Fokus liegt vor allem auf Solaranlagen und der Windenergie. Deutlich wird dabei, welchen hohen Effekt das Repowering von Windkraftanlagen hat.

Der Landkreis setzt sich darüber hinaus mit verschiedenen Projekten für den Ausbau ein: Ein Baustein ist ein Solaratlas, der auf aktuellen Laserscandaten beruht und mit dem Interessierte mit wenigen Klicks das Potenzial ihrer Dachfläche im Alb-Donau-Kreis berechnen können. Um neben dem Solarausbau auf den Dächern auch den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu unterstützen, hat das Landratsamt Alb-Donau-Kreis eine neue Leitlinie entwickelt. Diese richtet sich an Kommunen und Unternehmen und gibt eine Orientierung, welche Flächen aus Sicht der Genehmigungsbehörde sehr gut, gut oder eher weniger gut für Solarparks geeignet sind.

So wird die Flächeninanspruchnahme reduziert, landwirtschaftlich wertvolle und naturschutzrechtliche Flächen werden geschützt und eine Flächenzersiedelung vermieden. Zudem werden die Genehmigungsverfahren bei Einhaltung bestimmter Kriterien verschlankt und enorm beschleunigt. Scheffold warb auch für den Solar-Ausbau entlang der A8 und der ICE-Neubaustrecke: eine „Route du Soleil“ – eine Autobahn der Sonne, die nicht in Frankreich, sondern in Baden-Württemberg liegt und vorbelastete Flächen für die Solarenergie nutzt. Weiter ist der Alb-Donau-Kreis im Gespräch mit den Stromnetzbetreibern, um die Einspeisepunkte frühzeitig zu sichern und den Stromnetzausbau entsprechend den tatsächlichen Ausbauplänen zu priorisieren.

Diskutiert wurde beim Fachgespräch auch die Flächeninanspruchnahme von Freiflächen-Photovoltaikanlagen: Der Ministerpräsident bemerkte dazu, dass man bei der Diskussion die Zahlen ins richtige Verhältnis setzen müsse: Die Anlagen versiegelten zum einen keine Fläche, außerdem werde mit der Zielgröße von 871 Hektar im Alb-Donau-Kreis nur knapp 0,7 Prozent der gesamten Kreisfläche dafür verwendet. Ein weiteres wichtiges Thema war auch der Windkraft-Ausbau: Die regionalen Vertreterinnen und Vertreter warben um die Unterstützung des Landes, um trotz der Einschränkungen durch die Bundeswehr und den Staatsvertrag den Ausbau weiter vorantreiben zu können (siehe Info-Box).

STANDORTE FÜR WINDENERGIE STARK EINGESCHRÄNKT

Aktuell sind im Alb-Donau-Kreis 44 Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von über 50 Metern in Betrieb. Diese haben insgesamt eine Nennleistung von 60,8 Megawatt. Die Windkraft ist jedoch im Alb-Donau-Kreis limitiert: Der Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Bayern schränkt den Bau von Windparks auf die ermittelten Vorranggebiete ein.

Zusätzlich limitiert die Präsenz der Bundeswehr mit Tiefflug-Korridoren für Hubschrauber sowie dem Radar auf dem Militärflugplatz in Laupheim den Ausbau auf 56 Prozent der Kreisfläche. Entscheidend wird daher sein, in den möglichen Vorranggebieten Windparks zu errichten und das Repowering von älteren Windenergieanlagen voranzutreiben. Dadurch kann eine vielfache Energiemenge auf den bestehenden Flächen erzeugt werden.

Auf großes Interesse stieß auch der Bürgerempfang zum Abschluss des Ministerpräsidentenbesuchs. Rund 350 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung in das Tagungszentrum Hessenhöfe in Blaubeuren gefolgt. „Natürlich ist die Energiewende nicht einfach, aber wir können und werden das hinkriegen. Der Alb-Donau-Kreis zeigt, wie es geht. Machen Sie weiter so“, sagte Ministerpräsident Kretschmann in seiner Rede. Er und Landrat Heiner Scheffold standen den Bürgerinnen und Bürgern anschließend Rede und Antwort. Die wollten vor allem wissen, wie man Hemmnisse gegen den weiteren Ausbau vor Ort beseitigen könnte.

Die Energiewende strukturiert angehen

„Es ist beeindruckend, wie planvoll der Alb-Donau-Kreis den Bedarf und die Potentiale für erneuerbare Energien ermittelt und entsprechende Projekte umsetzt. Diesen Ansatz müssen wir auch landesweit verfolgen. Die Beispiele im Landkreis, wie das strukturierte Vorgehen der Kreisverwaltung oder das Engagement der Bürgerenergiegenossenschaft Berghülen sowie der Solarpark Allmendingen, sind ermutigend. Von solchen Beteiligungsmodellen profitieren nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Menschen in der Umgebung. Von meinem Besuch, und dem Austausch mit den Fachleuten und den Bürgerinnen und Bürgern nehme ich viele gute Ideen mit“, sagte Ministerpräsident Kretschmann.



Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, Ministerpräsident Kretschmann und Landrat Scheffold Fragen zu stellen.

© Staatsministerium Baden-Württemberg

Diese Erfolgsgeschichte sei nur möglich, weil alle Beteiligten gemeinsam an einem Strang ziehen, so Scheffold: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen, Kommunalpolitik und Landkreisverwaltung. „Uns alle eint das gemeinsame Ziel, bilanziell autark in unserer Energieversorgung zu werden, denn Versorgungssicherheit und eine nachhaltige Energieproduktion sind die Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft und die Sicherung unseres Wohlstands. Wir sitzen am Ende der großen Strom- und Wasserstoffleitungen, welche die grüne Energie von Norden nach Süden bringen sollen und deren Bau nur schleppend vorankommt. Deshalb müssen wir uns selbst helfen. Uns allen muss bewusst sein: Erneuerbare Energien sind nicht ‚nice to have‘, sondern ein ‚must have‘. Ohne sie werden wir unseren Lebensstandard nicht aufrechterhalten können. Und die Energiewende selbst ist für den Klimaschutz zwingend notwendig“, sagte der Landrat. Die Wertschätzung des Ministerpräsidenten zeige, dass der Landkreis mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie auf dem richtigen Weg sei.

Katrin Frauenlob ist stellvertretende Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Alb-Donau-Kreis



Hohenlohekreis

Ian Schölzel wird neuer Landrat im Hohenlohekreis. Der 47-jährige, der seit 2022 Erster Bürgermeister der Großen Kreisstadt Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) ist, wurde vom Kreistag am 21. Februar 2024 in Künzelsau mit 30 Stimmen der 42 anwesenden Kreisräte gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Matthias Neth an, der zum 1. Mai 2024 das Amt als Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg übernimmt. Schölzel ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er lebt mit seiner Familie in Weissach im Tal, wo er mehr als 14 Jahre lang Bürgermeister war.



Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Dr. Christian Ante wird neuer Landrat im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Die Kreisrätinnen und Kreisräte im Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald haben den Merzhausener Bürgermeister im ersten Wahlgang mit 34 Stimmen zum neuen Landrat gewählt. Dr. Ante wird sein Amt am 1. März 2024 antreten.



Neckar-Odenwald-Kreis

Dr. Achim Brötzel bleibt weitere fünf Jahre stellvertretender Vorsitzender des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS). Die Delegierten aus allen 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg bestätigten den Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises bei ihrer Versammlungsversammlung am Donnerstag im KVJS-Tagungszentrum Gültstein in Herrenberg einstimmig in seinem Amt.



Landkreis Schwäbisch Hall

Gerhard Bauer wurde am 14. Dezember für fünf weitere Jahre zum Vorsitzenden des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS) gewählt. Die Delegierten aus allen 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg bestätigten den Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall bei ihrer Versammlungsversammlung einstimmig in seinem Amt.

Herausgeber

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 07 11 / 224620
Telefax 07 11 / 2 2462-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

Redaktion

Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

Ständige Mitarbeit

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

Titelbild

Adobe Stock

Layout

zumkuckuck.com

Druck

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Vertretungsberechtigter

Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski

landkreisnachrichten.de